

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUS. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Freitag, 7. Dezember 1934

Nr. 287

Deutsche Rundfunkmeldungen sollen ausgestaltet werden

In der Budgetdebatte im Senatsausschuß befahl sich Genosse K e u z l mit dem Nachrichten- dienst unseres Pressebüros im Rundfunk.

Die deutschen Meldungen sind gegenüber den tschechischen bedeutend g e r i n g e r; gerade das Ge- genteil wäre jedoch angezeigt, weil dadurch in un- seren Gegenden die Bevölkerung zum großen Teil auf den Nachrichtenendienst der r e i c h s d e u t s c h e n Sender angewiesen ist, der ausführlicher, aber auch entsprechend tendenziös ist. Unser Pressebüro reagiert bei seinen Sendungen darauf mit keinem Worte, erweist aber mit der Kürze seiner Nachrichten und seiner Zurückhaltung unserer Bevölkerung einen sehr schlechten Dienst. Alles braucht man durchaus n i c h t einzusehen, was die deutschen Sender verbreiten, um unsere deutsche Bevölkerung in ungünstigen Sinne gegen die Republik zu beeinflussen.

Ministerpräsident K a l u p e t r erwiderte darauf, daß gerade in diesen Tagen eine Konfe- renz zwischen der Presseabteilung des Tsch. R.-B. und dem Radiobüro stattgefunden habe, in der darüber verhandelt wurde, wie man den Infor- mations- und Propagandadienst schlagfertiger, umfangreicher und für die Radiobörer befriedi- gender gestalten und ihn auch vom Standpunkt der staatlichen Bedürfnisse so ausbauen könnte, wie sich das Senator K e n z l vorstelle. Unser offizieller Radiodienst könne freilich nicht mit den Rund- funktmeldungen aus dem Auslande polemisieren, weil wir dadurch oft in kuriose gegenseitige Unan- nehmligkeiten geraten würden.

Auch die Rundfunkhörer aus den Reichen der Minderheit werden in kurzer Zeit nicht nur mit der Ausführlichkeit der Meldungen, sondern auch mit der besseren Ausgestaltung der Stationen zu- frieden sein können, da sich das Postministerium darauf schon intensiv vorbereitet.

Britisch-polnisches Kohlenabkommen

London, (Kont.) Der Grubenminister gab bekannt, daß zwischen den Vertretern der polni- schen und der britischen Kohlenindustrie ein Ein- vernehmen erzielt wurde.

Berlin einverstanden mit der Entsendung neutralen Militärs

Genf, Der deutsche Konsul in Genf hat am Donnerstag nachmittags dem Vorsitzenden des Saarausschusses, Baron K o s i l, im Auf- trage der deutschen Reichsregierung die Antwort Deutschlands übergeben. Sie hat folgenden Wort- laut:

„Ich beehre mich, den Empfang Ihres Tele- grammes vom 5. d. M. über die Sitzung des Völ- kerbundes vom gleichen Tage zu bestätigen und Ihnen darauf namens der deutschen Reichsregie- rung folgendes mitzuteilen:

Die deutsche Reichsregierung hat von den Erklärungen Kenntnis genommen, die im Völ- kerbundrat zu Genf zur Frage der Aufrechterhal- tung von Ruhe und Ordnung im Saargebiete während der Abstimmungsperiode abgegeben worden sind. Sie ist ihrerseits zwar der Ansicht, daß die Verhältnisse im Saargebiete eine Geran- dung auswärtiger Kräfte für die Aufrechter- haltung von Ruhe und Ordnung es nicht notwen- dig erscheinen lassen; sie will sich aber gleichwohl damit einverstanden erklären, daß, sofern der Rat dies beschließt, n e u t r a l e, i n t e r n a - t i o n a l e K o n - i n g e n t e in angemessener Stärke zu dem erwähnten Zweck ins Saargebiet entsandt werden.

Gezeichnet Freiherr von Neurath, Reichsminister des Auswärtigen.

Der Vorschlag, den L a v a l in Genf unter- breitet hat, ist fast überall b e i f ä l l i g a u f- genommen worden. Die französische Presse stimmt ihm einmütig zu, denn sie sieht darin den besten Weg, die Verleumdungen Deutschlands zu zerstören und den Beweis zu erbringen, daß Frankreich wirklich nur die strenge Einhaltung der Verträge anstrebe.

Besonders bedeutsam ist die günstige Auf- nahme in E n g l a n d, wo die Blätter allerdings

Gottfried Feder pensioniert!

Der Schöpfer des nationalsozialistischen Programms als Opfer des Goering-Kurses

Das amtliche Deutsche Nachrichten-Büro meldet aus Berlin: Der Führer und Reichkanzler hat dem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministe- rium Diplomingenieur Professor Gottfried Feder unter gleichzeitiger Abberufung von dem Amt als Reichskommissar für das Siedlungswesen unter Gewährung des gehei- lichen Wartegeldes in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

* * *

Warum Brücker abgesetzt wurde

Zur Absetzung Brückners erfährt Acroprech folgende Einzelheiten:

Die Absetzung ist bereits vor einer Reihe von Tagen erfolgt, nachdem Brücker zunächst einmal vor vier Wochen auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden war. Die Mitteilung erfolgte lediglich zur Verdunkelung erst sehr. Brücker wurde von Hit- ler im Flugzeug abgeholt und nach Berlin ge- bracht. Seit dieser Zeit ist Brückners A u s e n - h a l t u n g b e k a n n t, was bereits zu den toll- stehen Gerüchten Anlaß gegeben hat. In Breslau hat Hitler geäußert, er freue sich, daß die Partei- organisation allmählich mit allen Schädlingen (Heines, Engel, Schmidt, Reibitz) aufräume. Sie solle nur so forschfahren.

Wir sind auch in der Lage, Mitteilungen darüber zu machen, warum Brücker in Ungnade fiel. Er nahm an einer Sitzung teil, die sich um die Abwehr von Maßnahmen befahl, die man be- fürchtete. Dort hatten sich eine Reihe von Persön- lichkeiten zusammengefunden, die Sorge hatten, daß etwas gegen sie im Gange sei. Diese Bespre- chung erinnert sehr an die Erörterungen, die Röhm, Heines, Ernst u. a. vor dem 30. Juni pflogen. Jene waren, wie wir aufs bestimm- teste wissen, F e d e r, v. d. G o l z, L e y, K a u f - m a n n, der abgesetzte Oberpräsident von Pom- mern, K a r p e n s t e i n, ferner, wie erwähnt, B r ü c k n e r, und eine Reihe anderer. Ob auch

W o c h und v. K e n t e l e n teilgenommen haben, steht nicht genau fest. Die Minister, die an dieser Besprechung ein Interesse hätten haben können, also D a r r é und G o e b b e l s, waren nicht erschienen. In dieser Sitzung hat Brücker ziemlich aggressive Vorschläge gemacht, die sich vor allem gegen Goering richteten. Außerdem wird er beschuldigt, Beziehungen zur „Schwarzen Front“ unterhalten zu haben. Doch hat Brücker nie zu den Linken, wie Gregor Straßer, Stöhr, Nevenikow gehört, sondern stets zu den sogenann- ten „Zentristen“, wie Goebbels, Terhoben, W a g - n e r, V o d u m u. a.

In Berliner politischen Kreisen hat man im- merhin den Eindruck, daß der neue 30. Juni nicht bevorstehe, sondern schon im Gange sei. Die sieben Toten in München, die Aktion, die der bayerische Innenminister ankün- digte, und der Schlag gegen Brücker werden in diesem Sinne gedeutet. Die Maßnahmen würden dann, ebenso wie die Spionageverfahren, mit noch größerer Heimlichkeit als am 30. Juni vor sich gehen, so daß man unter Umständen erst nach Wochen erfährt, wer die neuen Opfer sind.

Was meinte Goebbels mit dem „kühnsten Plan“

Zu dem Rätselraten, was Goebbels mit dem „kühnsten Plan“ meint, erfährt Acroprech aus zuverlässiger Quelle, daß in der Tat, allen De- mentis zum Trotz, an eine außerordentlich hoch- prozentige M a r k e n t w e r t u n g gedacht ist. Man spricht sogar von 80 Prozent! Goebbels hat sich damit, um seine Position erneut zu festigen, zum Vorkämpfer einer Gruppe von Wirtschaftlern gemacht, die g e g e n S c h a c h t o p p o n i e r e n. Goeb- bels bereitet schon eine neue Propaganda-Kam- pagne vor, die unter der Arbeitererschaft Eindruck machen soll, wonach diese Marktabwertung die „größte sozialistische Tat“ und eine „Enteignung des Kapitalismus“ darstellen werde. In Wahrheit würden nicht die Konzerne und Trusts betroffen werden, sondern die kleinen Sparrer, auf die eine solche Propaganda ihre Wir- kung schon deshalb verfehlen würde, weil sie, von 1923 her verängstigt, eine Marktabwertung einer Inflation gleichsetzen würden. Wohlgernekt han- delt es sich hier um bestimmte P l ä n e, die natü- rlich auf starken W i d e r s t a n d v o n S c h a c h t f o h e n und deshalb noch nichts End- gültiges darstellen.

Neues Handelsabkommen mit Rumänien

Bukarest, (Tsch. P.-B.) Donnerstag wurde in Bukarest von Handelsminister Manoi- leden-Strunga und dem Leiter der Wirtschafts- abteilung des rumänischen Außenministeriums Gesandten Christu namens der rumänischen Re- gierung und durch den Gesandten Seba sowie den Delegationsführer Legationsrat Dr. Niederle namens der tschechoslowakischen Regierung das neue tschechoslowakisch-rumänische Handelsabkom- men unterzeichnet.

Der Königsmord vor dem Völkerbund

Genf. Im Völkerbundrat wird Freitag mit der Prüfung der Beschwerde der jugoslawischen Regierung wegen des Marzeller Attentates be- gonnen werden. Die Vorbereitungen für dieses außerordentliche Ereignis sind in Genf bereits mehrere Tage hindurch im Gange.

Es rollen wieder Köpfe...

Die neueste Phase der Hitlerdiktatur

Seit Wochen wollen die Gerüchte über den „zweiten 30. Juni“, der von Goering ge- plant sei, nicht zum Schweigen kommen. Sie er- halten täglich neue Nahrung durch die Reden der Nachhahrer des Dritten Reichs, die einander wie- der einmal wie in den Tagen vor den Junimor- den, in der deutlichsten Form widersprechen. Auf der einen Seite fordert die Gruppe S c h a c h t, gestützt auf den konservativen Flügel der Reichs- wehrgeneralität, einen klaren und durch keine Demagogie gestörten kapitalistischen Kurs, auf der andern Seite fanden in den letzten Wochen die D a r r é, F e d e r, R o s e n b e r g, L e y mit ihren radikalen Forderungen, die man zwar nur fälschlich „sozialistisch“ nennen kann, die aber doch dem Arsenal der 25 Punkte entnommen sind. D a r r é hat in Goslar dem Wirtschaftssysteme Schacht offen den Krieg erklärt. R o s e n b e r g war nicht nur mit der wirtschaftlichen, sondern auch mit dem kulturpolitischen und außenpoliti- schen Kurs des Kabinetts nicht einverstanden. Endlich ist da noch S t r e i c h e r in Nürnberg, dessen bluttriefende Zudenhebe dem Regime viele Verlegenden bereitet. Gegen alle diese Radika- len soll vorgegangen werden.

Es sind verschiedene Gründe, die Goering veranlassen, dem 30. Juni eine Fortsetzung folgen zu lassen. Vor allem wollen die deutschen Ka- pitalisten die NSDAP als selbständigen Organis- mus endlich beseitigt sehen. Nicht, daß sie ernst- lich den Sozialismus der 25 Punkte fürchten! Aber es fürcht sie, daß zweiinhalb Jahre nach dem Sturz Brünnings, fast zwei Jahre nach dem Sturz Schleichers noch immer das Wort „sozialistisch“ sozusagen Parfenschnitz genießt. Daß die demago- gischen Forderungen des Hitlerprogramms noch immer umgeben, daß Hartfädel und Wirtköpfe nach Bodenreform, Gewinnbeteiligung und ähn- lichen Dingen verlangen, die Hitler einst verspro- chen hat. Die Kapitalisten haben ihr Geld nicht deshalb in die Hitlerpartei investiert, damit D a r r é die Bauern beglücken, R o s e n b e r g die nordische Kultur vertiefen und F e d e r die Zinsknechtschaft brechen können. Sie haben gute Märkte gezahlt und wollen eine glatte Gegenlei- stung. Zwar sind die Löhne gesunken, die Renten- steuern gestiegen, die Vermögenssteuer so gut wie auf- gehoben, die Macht der Arbeiter in den Betrieben gebrochen, aber die Herren, die das bezahlt und arrangiert haben, fürcht es, daß die Soldner auf den Straßen hungern und in den Kellern her- umtummeln, frech ihren Lohn heischen. Daß Fälle vorkommen wie der des Bankrats K ö p - p e n, daß zur „Veruhigung“ und „Versöhnung“ der Nazi Kapitalisten da und dort skataniert wer- den — das ä r g e r t die Kapitalisten einfach und sie wollen es anders haben.

Ein anderer Grund ist außenpolitischer Na- tur. Man braucht K r e d i t e. E n g l a n d und A m e r i k a sind unter gewissen Bedingungen bereit, die deutsche Aufrüstung weiter zu finanzie- ren. Aber auch die englischen und amerikanischen Bankiers wünschen wie ihre deutschen Kollegen, daß gewisse Schönheitsfehler der Diktatur ver- schwinden. Auch vor dem 30. Juni lag ein kon- kreter Wunsch aus England vor, man möge mit dem Kapitalismus aufräumen. Die Engländer hatten es nur nicht so tödlich gemeint, wie Goering es verstanden hat.

Und endlich ist eine der Ursachen, des neuen 30. Juni der geradezu naturgegebenen Prozeß der Auslese in der Diktatur. Das System bringt es mit sich, daß von Zeit zu Zeit eine Gruppe aus dem Kreis der Herrschenden über Bord gewor- fen wird. In jeder reaktionären Diktatur wird der Kreis der Herrschenden enger und enger. Nur eine evolutionäre Diktatur vermag ihn zugleich mit ihrer Basis zu erweitern.

Der Prozeß der Erledigung unbeliebter Mil- kämpfer hat inzwischen begonnen. Diefmal ist man freilich vorsichtig genug, mit sanfter Hand zuzugreifen. Als erster wurde der Breslauer O b e r - p r ä s i d e n t B r ü c k n e r aus der Partei aus- gestoßen und seiner Kenter enthoben. S e l m u t B r ü c k n e r soll einerseits mit den Monarchi- sten, andererseits mit der Linken um D a r r é kon- spiriert haben. Ob Brücker nur enthoben, ob er ganz erledigt wurde, ist zur Stunde nicht zu er- mitteln. Nach bestimmten Berliner Meldungen soll er s p u r l o s v e r s c h w u n d e n sein.

seit er von Hitler persönlich im Flugzeug aus Breslau nach Berlin mitgenommen wurde. Nun kommt die Nachricht, daß als nächster Gottfried Feder gehen muß. Er ist noch nicht aus der Partei ausgestiegen, aber mit Wartepensioniert — ein wenig rühmliches Ende des führenden „Theoretikers“ des Nationalsozialismus! Man muß wissen, was Gottfried Feder durch anderthalb Jahrzehnte für den Nationalsozialismus bedeutet hat, um zu ermessen, wie weit die Auflösung der Partei schon gediehen ist. Feder ist der Entdecker der „Vereingung der Rassen“ — ein wenig rühmliches Ende des führenden „Theoretikers“ des Nationalsozialismus! Man muß wissen, was Gottfried Feder durch anderthalb Jahrzehnte für den Nationalsozialismus bedeutet hat, um zu ermessen, wie weit die Auflösung der Partei schon gediehen ist. Feder ist der Entdecker der „Vereingung der Rassen“ — ein wenig rühmliches Ende des führenden „Theoretikers“ des Nationalsozialismus!

In einem gewissen Zusammenhang mit dem Schlag gegen die Opposition stehen zweifellos die Ereignisse, die sich im Russischen des Dritten Reichs vollziehen. In der Sache gegen Furtwängler, die wieder ausging von einem Vernichtungsfeldzug gegen jegliche moderne Kunst, gegen die Werke von Hindemith, Alban Berg, Strawinsky und sogar von Richard Strauss, ist ein typisches Ablenkungsmanöver zu erblicken. Dank der Entschlossenheit einiger Männer nimmt das Manöver aber eine unerwünschte Wendung. Nach Furtwängler ist auch Erich Kleiber zurückgetreten, weitere führende Musiker Deutschlands, wie Knappertsbusch und Leo Slezak kündigen ebenfalls ihren Rücktritt an. So entsteht in einem Sektor des kulturellen Lebens, in dem es Herrschende und Unterdrückte am wenigsten erwartet hätten, plötzlich eine weithin sichtbare, sinnvolle und für das Hitlerregime äußerst peinliche Opposition.

Daß die Kriegserklärung der Kulturträger im selben Augenblick erfolgt, da in Paris die Dokumente über die Brandstiftung am Reichstag veröffentlicht werden, macht die Sache für Deutschland noch schlimmer. Von zwei Seiten öffnet sich der Ball der offiziellen Legenden und sichtbar wird die nackte Barbarei des Hitlerreiches.

Es ist nicht zu befürchten, daß etwa die deutschen Rektoren, die vor wenigen Tagen ihren Dankspruch gegen die Tschechoslowakische Republik ausgesprochen haben, gegen die Anschläge der Rosenbergs, Streicher und Goebbels auf die deutsche Kunst protestieren werden. Die deutsche Kultur erscheint diesen Geistesträgern nur gefährdet, wenn in Prag ein Gesek durchgeführt und ein paar Museenstühle übergeben werden. Ob der letzte deutsche Künstler von Welt, der dem Dritten Reich den Rücken lehrt, interessiert diese Führer der Nation nicht, die mit Recht im Range unter dem Befreiten rangieren. Und wenn es sie interessierte, würden sie angstschlotternd nicht zu protestieren wagen. Sie protestieren nur, wenn es für sie ohne Risiko ist — gegen Prag! Aber die Welt außerhalb des neuen Hunnenreiches horcht auf bei der Kunst, die Furtwängler und Kleiber nun dirigieren. Und die Welt wird sich ihren Reim machen auf die Ernst-Dokumente, die

Denkschrift der Reichswehrgeneralstabes über die Ermordung Schleibers und auf die Protektion der Deutschen — wohlgerichtet der vom Dritten Reich zunächst selbst als „deutsch“ anerkannten — Künstler gegen die Barbartisierung. So gelingt es der Hitlerdiktatur, im gleichen Moment, da sie einen Schritt zu ihrer weiteren Isolierung im Innern unternimmt, indem sie die „Linken“ abfägt, sich auch in der Kulturwelt neuerdings zu isolieren, selbst den Pestforbon zu verstärken, mit dem sich Europa gegen den Nazismus schützen muß.

Strenge Untersuchung der Saazer Vorfälle gefordert

Die Abgeordneten Kaufmann, Müller, Krammer und Genossen haben an den Minister des Innern wegen des Vorgehens der Saazer städtischen Polizei eine Interpellation gerichtet, in der es heißt:

Die Sudetendeutsche Heimatfront entfaltet im Saazer Landgebiete in den letzten Wochen eine intensive Agitationstätigkeit, die schon durch ihre Methoden bei der arbeitenden Bevölkerung große Erbitterung hervorgerufen hat. Insbesondere der Umstand, daß Landarbeiter unter Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit durch Androhung der Entlassung gezwungen wurden, sich in den Dienst dieser Agitation zu stellen, hat berechnete Empörung ausgelöst. Ihren Gipfelpunkt hat aber diese Methode in der am 2. Dezember im Schützenhaus in Saaz abgehaltenen Versammlung erreicht, bei der sich die städtische Polizei ganz offen und ungeschont zum Werkzeug der Sudetendeutschen Heimatfront gemacht hat.

Diese Versammlung war von der Sudetendeutschen Heimatfront entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit, sich auf Versammlungen nach § 2 des Versammlungsgesetzes zu beschränken, als öffentliche Volksversammlung einberufen worden. Deshalb hatten sich — nach amtlicher Schätzung — neben rund 450 Anhängern der Sudetendeutschen Heimatfront auch etwa 1000 sozialdemokratische Arbeiter und etwa 50 Kommunisten eingefunden.

Das parteiliche Verhalten der städtischen Polizei begann schon damit, daß die Arbeiter, nicht aber die Anhänger der Sudetendeutschen Heimatfront beim Betreten des Saales nach Waffensuchung wurden. Als die sozialdemokratischen Versammlungsbesucher den Saal etwa zur Hälfte angefüllt hatten, wurde von der Polizei, ohne daß eine bezügliche Weisung des Beamten der Bezirksbehörde erfolgt wäre, der Haupteingang abgesperrt und die Anhänger der Einberufer durch einen Nebeneingang eingelassen. Als die sozialdemokratischen Funktionäre gegen dieses Vorgehen protestierten, mußte jedoch über Eingreifen des anwesenden Regierungskommissärs der Haupteingang wiederum freigegeben werden. Diese verschiedenartige Behandlung der Anhänger der Heimatfront und der sozialdemokratischen Versammlungsteilnehmer ist umso aufreizender, als mehrere Anhänger der Heimatfront öffentlich erklärt haben: „Wir werden es den Sozialdemokraten zeigen.“ Trotzdem wurden nicht sie, sondern die Sozialdemokraten einer Leibbespitzung unterzogen.

Bei Eröffnung der Versammlung kam es infolge des provokatorischen Verhaltens der Einberufer zu erregten Szenen. Die Einberufer weigerten sich, die Forderung von etwa zwei Dritteln der Versammlungsteilnehmer nach Wahl eines Präsidiums und Befreiung der Geschäftsordnung durch die Versammlung selbst zu entsprechen, sie

reizten überdies die ganze Mehrheit der Versammelten durch grobe Beschimpfungen und selbst durch Tätlichkeiten. Trotzdem hielten die sozialdemokratischen Arbeiter Disziplin. Schließlich erklärte der Regierungsvertreter, daß er, falls binnen 5 Minuten nicht eine Einigung über den formalen Vorgang zustande komme, die Versammlung auflösen werde. Hier seien nun die Übergriffe der städtischen Polizei erneut und verstärkt ein.

Ohne den Ablauf der vom Regierungsvertreter gestellten Frist abzuwarten und ohne einen Befehl erhalten zu haben, rückten sich die Polizisten wie auf ein verabredetes Signal auf die Arbeiter, die bereits im Begriffe waren, den Saal zu verlassen, und schlugen auf sie befehlungslos ein, so daß die gleichfalls anwesenden Gendarmen sich veranlaßt sahen, die Polizei-

organe von ihrem Tun zurück zu halten. Charakteristisch ist, daß der unmittelbare Anlaß zu diesem Vorgehen der Polizei darin bestand, daß ein Stuhl durch den Saal geschleudert wurde, jedoch nicht von den Arbeitern, sondern von den Ordnern der Sudetendeutschen Heimatsfront. Dennoch richtete sich die Polizeiaktion ausschließlich gegen die sozialdemokratischen Arbeiter. Bei dieser durch nichts gerechtfertigten Polizeitätigkeit trug eine ganze Anzahl von Arbeitern empfindliche Verletzungen davon.

Dieser Vorgang hat nicht nur bei der Arbeiterchaft, sondern auch in weiten Kreisen darüber hinaus die größte Erbitterung erweckt. Wir fragen daher den Herrn Minister:

1. Ist er bereit, sofort eine strenge Untersuchung der Vorgänge einzuleiten und über dessen Ergebnis zu berichten?
2. Ist er bereit, zu veranlassen, daß die Schuldigen der entsprechenden Bestrafung zugeführt werden?
3. Welche Maßnahmen gedenkt er zu ergreifen, um die Wiederholung ähnlicher empörender Vorfälle unmöglich zu machen?

Nicht anrühren! Auf eine Anfrage des Senators Dr. Karas bezüglich des Feiertagsgesetzes, erwiderte Ministerpräsident Rádl, daß die beträchtliche Verschiedenheit der Religionsbekenntnisse der Bevölkerung zu einer sehr vorzichtigen Stellungnahme nötige. Er betraute es daher für vorteilhafter, die jegliche Ruhe auf diesem Gebiete aufrecht zu erhalten. Es ist demnach also nicht damit zu rechnen, daß das Feiertagsgesetz in absehbarer Zeit geändert wird.

Dienstzeiteinrechnung noch umstritten

Erst nächste Woche im Parlamentsplenum

Prag. Während auch die Vorlage über den Wehrbeitrag in den Ausschüssen bereits programmgemäß fertiggestellt wurde, gelang es im Subkomitee nicht, die bezüglich der Dienstzeiteinrechnung bestehenden Differenzen zu überbrücken, weshalb die Vorlage neuerdings an die politischen Minister rückverwiesen und die Verhandlung beider Vorlagen im Plenum auf nächsten Dienstag verschoben wurde.

Die Differenzen betreffen eine gewisse Rückwirkung der Dienstzeiteinrechnung; dann wird aber auch darauf verwiesen, daß man nicht nur den Staatsangestellten, sondern auch den Privatangestellten irgendein Äquivalent für die Militärdienstzeit bieten müßte.

Am Plenum des Abgeordnetenhauses wurde deshalb am Donnerstag mittag lediglich im Laufe von 25 Minuten die vom Senat mit einer geringfügigen Änderung wieder an das Parlament zurückgeleitete Verordnungsentwurf in der Sache angenommen. Der Referent bezeichnete die Änderung als zweckmäßig, weil sie eine ungünstige und abweichende Auslegung des Gesetzes in der Slowakei und in Karpatenrußland verhindern würde. Die Vorlage wurde dann in der Fassung des Senates ohne Debatte in erster Lesung angenommen. Dasselbe geschah mit dem Senatsbeschluss über die Amortisierung von Urkunden, worüber Abgeordneter Goldstein referierte.

Ausgeliefert wurden dann die Abgeordnete Tóth sowie der Abgeordnete Dr. Schollisch, letzterer wegen Uebertretung des Schutzgesetzes.

Nächste Sitzung Dienstag, den 11. Dezember, um 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen außer den beiden Vorlagen das Nachtragsbudget und das Parteiengesetz.

Wehrausschuß gegen Einkindersystem

Erst Mütter zweier Kinder vom Wehrbeitrag befreit

Zu den gestrigen Meldungen über die Änderung des Wehrbeitrages durch den Ausschuß ist richtigzustellen, daß vom Wehrbeitrag lediglich jene Mütter befreit sind, die wenigstens zwei unmündige Kinder haben und deren steuerpflichtiges Einkommen 12.000 Kč jährlich nicht überschreitet. Sind diese Frauen jedoch Alleinstehende, d. h. im Genusse von Bezügen, von welchen der Wehrbeitrag nach Paragraph 2 im Abzugsweg einzubehalten ist, so sind sie vom Wehrbeitrag befreit, wenn diese Dienstbezüge 293 Kč höchstens oder monatlich 265 Kč nicht übersteigen. Das bedeutet praktisch, daß die Einkommensgrenze bei angeestellten Müttern nicht 12.000 Kč, sondern rund 15.000 Kč beträgt.

Die zweite Änderung betrifft, wie bereits bekannt, die Herabsetzung der unteren Altersgrenze für die Zahlung des Wehrbeitrages vom 30. auf das 25. Lebensjahr. In dieser Fassung wurde der Wehrbeitrag nach dem Plenum auch vom Budgetausschuß genehmigt.

Babiola
Roman von Olga Scheinpflugová
Copyright by Pressedienst E. Prager-Verlag, Wien

In Babiola sträubte sich alles gegen diese Gabe. Dieses Rehrückenstück war für die Dame eine so große Sache wie die Quaste auf dem Zelt, aber gefühlsmäßig lehnte sich Babiola gegen dieses Geschenk auf.

„Danke sehr, ich arbeite, ich bettle nicht.“
„Ich muß dir doch die Limonade bezahlen.“
„Die kostet nicht soviel.“
Die Dame wurde verlegen. Verlegen oder zerstreut schlürfte sie aus dem zweiten Klais, von dem die Kleine bereits getrunken hatte.

„Ich muß eilen. Zeit ist Geld.“
„Da ist dein Geld.“
„O nein.“
Babiola knigte höflich und ging. Sie war mit sich zufrieden. Sie wollte, sie hatte Eindruck gemacht. Am nächsten Tage spürte sie, daß ihr die Augen der Dame folgten. Und richtig: als Babiola eine kleine Ruhepause machte, kam sie auf das Kind zu und brachte ihm ein Bröckchen mit Schinken belegt, dem die Hitze die Farbe geraubt hatte.

Die Kleine hatte Schinken bisher nur in der Auslage des Kaufmanns gesehen und noch nie gekostet.

„Danke, Madame“, sagte sie und ein großer Gedanke quoll in ihr auf. Sie fühlte plötzlich mit unheimlicher Gewißheit, daß ihr das Leben noch sehr oft Schinken bescheren würde und dieser Ueberzeugung brachte sie ein Opfer.

Sie gab das rostige Stückchen Fleisch dem schnuppernden, schweißbedelnden bettelnden Wulli und begnügte sich mit dem Brote. Man muß die Reichen verblüffen, dachte sie; man muß ihnen

Ueberraschungen bieten, sonst erlahmt ihr Interesse.

„Das ist nichts für mich. Ich habe so was noch nie gegessen und will es gar nicht kosten. Ich will nicht wissen, wie die Sachen schmecken, die ich nicht haben kann.“

„Armes Kind!“ Und die Dame suchte wie ein Fisch an der Angel. Sie schämte sich scheinbar für jede Schwänke, die Zeit ihres Lebens in ihrem ausgewählten Wagen verschwunden war.

„Mais — mon Dieu...“, sagte sie und die Kleine ahnte, daß sie es richtig angepackt habe.

„Danke, Madame, und guten Tag.“
„Du gehst schon?“
„Ich muß doch arbeiten.“
„Armes Kind.“
Babiola lief auf den Strand und lächelte.

Frau Bonnetier hatte heute keine Lust ins Wasser zu steigen. Sie suchte ihren Mann. Der lag den ganzen Tag im Sande und bewunderte die Schlankheit der französischen Bäder; sonst tat er den lieben, langen Tag nichts — außer, daß er hier teurer schwitzte als in Paris. Und wenn die Flut bis zu seinem Knie rollte und seine Füße neigte, schüttelte er sich vor Empörung und schimpfte auf die örtlichen Verhältnisse im allgemeinen und die politischen im besonderen. Er lagerte sich stets hübsch weit weg von dem Platz seiner Frau; so konnte er die gewohnten und bis zum Ueberdruß bekannten Zwiegespräche seiner zehnjährigen Ehe vermeiden und seine Augen mit der Jüdringlichkeit von Meerläusen über die aussergewöhnliche Annuit fremder Frauen gleiten lassen. Frau Bonnetier hatte manchmal Sehnsucht nach ihrem Manne, besonders wenn sie Geld brauchte, und sie konsolidierte dann regelmäßig: „Mon cher, die Sonne wird Ihnen den Rücken verbrennen.“

Das Mittagessen im Hotel „Bon Réve“ gab Anlaß zu einer Aussprache zwischen dem Ehepaar, die sich allerdings seitens des Herrn Bonnetier auf verschiedene „hm“ beschränkte. Er aß, schlief und liebte und war bestimmt nicht dümmere als andere Heuchler, deren Glaubenssatz lautete: das

Leben ist kurz, wärze es daher mit allen Genüssen, die diese Welt bieten kann.

Herr Bonnetier begriff, daß seine Frau einen Anfall von Edelmut hatte.

„Mon ami, auch unsere Ehe wird sich interessanter gestalten. Ich bitte, schenken Sie mir Aufmerksamkeit, bitte, konzentrieren Sie sich.“

Herr Bonnetier nickte. Er haßte Weitschweifigkeiten.

„Ich habe hier auf dem Strande ein Mädchen kennen gelernt...“
... das Sie an Kindesstatt annehmen wollen? Ich wußte, daß Sie diesen Wunsch einmal aussprechen werden. Tun Sie, was Ihnen gefällt.“

Ein anderesmal hätte ihn Frau Bonnetier ob der Unterbrechung ihres Redeflusses zurechtgewiesen. Diesmal ließ sie die Unterbrechung ungestraft.

„Ich werde sie nach Paris mitnehmen. Mit meinen eigenen Kindern werde ich wohl niemals ins Bois fahren.“

„Natürlich... auch wenn ihre Wünsche sich in der Einzelheit bewegen.“

Die Sache war abgetan und man sprach nicht mehr davon. Nachmittags löste der türkische Kaffee bei Herrn Bonnetier einen Gedanken aus: „Werden uns die Eltern das Kind geben?“

„Sie ist arm“, antwortete Frau Bonnetier und wollte damit feststellen, daß die Liebe der Armen zu ihren Kindern enge Grenzen habe. Selbstverständlich werden Sie mit den Leuten sprechen. So etwas schickt sich besser für einen Mann.“

„Ich habe noch nie ein Mädchen gekauft.“
„Aber viele bezahlt.“

Die Lust um den Tisch des Großkaufmanns wurde schwer. Herr Bonnetier fand es an der Zeit, ein Ende zu machen. Er stand auf.

„Wollen Sie das Kind um jeden Preis haben?“

„Sollte es zu teuer sein, dann werde ich mich in Paris umsehen.“ Alles war so wie damals, als sie sich den Wulli wünschte.

Die Hütte Clotures lag weit draußen. Man mußte lange über die Dünen gehen und Herr Bonnetier knaute. Seine Schuhe waren voll Sand. Der alte Cloture sah zu Hause. Er hatte kein Geld. Babiola war sehr geizig geworden. Sie begann zu sparen. Herrn Bonnetier wurde auf der Schwelle übel.

„Ihr solltet lästern, ihr armen Leute, so kann man nicht atmen.“

„Wir haben keine Fische“, sagte der Alte mürrisch, um den Fremden rasch los zu werden.

Herr Bonnetier begann ohne Umschweife um das Mädchen zu feilschen. Clotures Nase wurde vor Ueberraschung tief rot. Er stand sogar auf, anscheinend absichtslos. In Wirklichkeit war es ein ungewolltes Kompliment vor der Großmacht Geld. Selbst seinem unnebeln Schrein wurde klar, daß seiner Rot ein Rettungsstern aufgegangen war. Sein Blick wanderte von der goldenen Uhrkette des Herrn auf dessen ungeduldig trommelnde Finger. Die Ringe, die dort funkelten, machten das dünne Kettchen weit. Auch das Hemd des Herrn war sicherlich sehr teuer.

„Mais oui —“, sagte er und erschrak selbst darüber, wie heiser seine Stimme klang. „aber Babiola erhält mich.“

Bonnetier konnte die schlechten Gerüche nicht länger ertragen.

„Gut, ich werde es meiner Frau sagen.“
Er liebte es, kurz und bündig zu sein; das war bei Geschäften immer das Richtige.

Cloture sprang auf und wurde mit jeder Bewegung höflicher.

„Bonheur“, sagte er und fand den richtigen Ton, dann ging er zum Fenster und öffnete es. Er hatte bemerkt, daß Herr Bonnetier auffallend oft zu seinem Taschentuch roch.

„Wenn ich gleich gewußt hätte, daß sich eine Dame für Babiola interessiert, hätten wir uns schon geeinigt. Ich dachte, der Herr will das Mädchen haben; mein Gott, es gibt so verschiedene Gelüste.“

(Fortsetzung folgt.)

Staatsbeitrag zur Entschuldungsaktion

Konkrete Vorschläge des Landwirtschaftsministers

Brag. Im Budgetausschuß des Senates befaßte sich am Donnerstag Minister Dr. Hodža neuerlich sehr ausführlich mit der Frage der landwirtschaftlichen Verschuldung und suchte die verschiedenen aufgetauchten Bedenken nach Möglichkeit zu zerstreuen.

Die Anregungen, in diesem Zusammenhange auch für die übrigen Bevölkerungsschichten eine Entschuldungsaktion durchzuführen, finden bei ihm nicht viel Gehör. Die Landwirtschaft sei durch eine Reihe von Jahren durch die Disparität zwischen den landwirtschaftlichen und industriellen Preisen schwer geschädigt worden; da sei der Hauptgrund ihrer Verschuldung. Gegen eine landwirtschaftliche Entschuldungsaktion protestieren heute am meisten die, welche seinerzeit durch ihren Widerstand gegen die Befreiung der erwähnten Disparität am meisten dazu beigetragen haben, die Verschuldung herbeizuführen. Der Minister stellt sich deshalb voll hinter die Regelung der landwirtschaftlichen Schulden.

80 Prozent der Gläubiger der Landwirte seien aber selbst Landwirte. Eine bloße Streichung der Schulden auf Kosten der Gläubiger könne also nicht in Frage kommen, der Ausweg müsse ein anderer sein. Wenn die Staatsmacht die Disparität nicht beseitigen konnte, so müsse sie heute nachträglicherweise mit allen nur möglichen Mitteln die Sanierung durchführen. (Witzentwurf: Auf welchen Kosten?) Hodža legt dar, daß in erster Linie eine Herabsetzung des Zinsfußes in Betracht komme, die allerdings in der Regie der Geldinstitute ihre Grenzen habe. Daher werde nichts übrig bleiben, als eine entsprechende Zinsfußherabsetzung durch einen Staatsbeitrag zu erreichen. Dann sei eine Konversion der kurzfristigen Schulden in einen langfristigen niedrigen Zinsfuß Kredit notwendig. Hierbei müßten alle berufenen Faktoren zusammenarbeiten.

Die erste Etappe der landwirtschaftlichen Schuldentregulierung müsse sich schon auf jene 182.000 Landwirte beziehen, die von Exekutionen bedroht sind.

In seinen weiteren Ausführungen suchte Hodža die Notwendigkeit einer Regelung der Milchproduktion darzutun.

Der Ministerpräsident über die Wirtschaftsregulierung

Im Budgetausschuß des Senates befaßte sich Ministerpräsident Malypetr neuerdings mit der von ihm kürzlich aufgeworfenen Frage der Regulierung der Kohlenproduktion und verwies auf das Beispiel Englands. Zum Studium dieser Frage wird in kürzester Zeit eine Kommission eingesetzt werden. Malypetr veranschaulichte ausdrücklich, daß dieses Problem zwar sehr schwierig sei, daß jedoch Befürchtungen, es könnte die Angehörigen irgendwie geschädigt werden, unbegründet seien. Die Lösung werde auch nicht einseitig vom Unternehmerstandpunkt aus erfolgen. Seinen Vorschlag über die Regulierung der Produktion und über die zweckmäßige Selbstverwaltung verschiedener Produktionszweige unter Mitwirkung der Produzenten, wie auch der Verbraucher und der Angestellten, sei nicht so zu verstehen, daß man etwa staatlich unterstützte Kartelleinrichtungen schaffen wolle, die nur einseitig vom Standpunkt des Unternehmergewinnens aus geführt wären. In die Grundzüge des Privatkapitalismus will Malypetr nicht eingreifen, allerdings unter der Bedingung, daß die private Unternehmertätigkeit die gebührende Rücksicht auf die allgemeinen wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes und seiner Bewohner nehmen wird.

Justizminister für neue Gerichtsgebäude. Justizminister Dr. Déter betonte auch im Senat Budgetausschuß die unzureichende Systemisierung der Richterstellen. Während die Richtersachagenda nach dem Umsturz um etwa 150 Prozent stieg, wurde die Zahl der systemisierten Richterstellen nur um 12 Prozent erhöht. Man wird alle Kräfte einsetzen müssen, um die Systemisierung zu verbessern. Dr. Déter unterstrich weiter die Notwendigkeit, die Gerichte in moderneren Gebäuden unterzubringen. Wenn wir entsprechende Schulgebäude haben, erklärte Dr. Déter, müssen nun auch die Gerichte an die Arbeit kommen, damit sie nicht weiter die Rolle des Schenbrüdels in der öffentlichen Verwaltung spielen müssen.

Zur Frage des Kollegiengebäudes erklärte Schulminister Dr. Krémák im Budgetausschuß des Senates, daß sich der Procentsatz der Befreiungen an den Hochschulen zwischen 24 und 25 Prozent bewegt. Das sei sicher nicht in Uebereinstimmung mit den Vermögensverhältnissen der Studierenden. Der Procentsatz der Befreiungen an den Mittelschulen beträgt bis zu 70 Prozent; auch hier werde man schmerzlos manches bessern können.

Landwirtschaftsministern angekündigt. Auf eine Anfrage bezüglich der Landeskulturräte antwortete Dr. Hodža, daß diese Institutionen offenbar schon am Ende ihrer großen Aufgabe stehen. Die neuen Aufgaben der Landwirtschaftspolitik verlangen ihre Reform. Nach seiner Meinung wird diese Reform in der Errichtung von Landwirtschaftsministerien bestehen. Die diesbezüglichen Anträge wurden schon einige Male ausgearbeitet und im Jahre 1935 dürfte bereits der gegenwärtige Entwurf dem Parlament vorgelegt werden.

Krisenelend im Zwickauer Gebiet

Aus einer Denkschrift der Gemeindevertreter

Eine gemeinsame Konferenz der Bürgermeister und Gemeinderäte der Gegendgebiete Saida, Steinschöna und Zwickau, welche am 19. November 1934 in Zwickau stattfand, hat beschlossen, sich an die maßgebenden Regierungsstellen um Einleitung sofortiger zweckmäßiger Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosennot zu wenden. Der zu diesem Zwecke verfaßten Denkschrift entnehmen wir u. a.:

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß die große Notlage der Bevölkerung der Textilgemeinden durch die außerordentlich lange Dauer der Arbeitslosigkeit bedingt ist. Denn wenn in anderen Orten die Krise erst vor zwei oder drei Jahren in dem entsprechenden Ausmaße eingetreten hat, so wurden in Zwickau einzelne Textilbetriebe schon in den Jahren 1934/35 stillgelegt. Die Folge davon ist, daß

von den ehemals zirka 3000 Textilarbeitern gegenwärtig kaum mehr 100 in Beschäftigung stehen

und diese nur Kurzarbeiter sind. Zudem waren die Löhne der Textilarbeiter stets bedeutend niedriger als die anderer Arbeiter anderer Industrien. Es war ihnen daher nicht die Möglichkeit geboten, entspre-

chende Ersparungen zu machen und die vorhandenen kleinen Rücklagen sind natürlich durch die lang anhaltende Arbeitslosigkeit längst aufgebraucht worden. Jede andere Industrie und Erwerbsmöglichkeit fehlte. Von einer nennenswerten Bautätigkeit ist keine Rede. Wohnungen und Häuser sind in großer Anzahl zu haben. Die zahlreichen exekutiven Zeilbietungen verlaufen größtenteils resultatlos. Die geschilderten Verhältnisse haben selbstverständlich auch den wirtschaftlichen Ruin des Handels- und Gewerbebestandes zur Folge.

Die Läden werden anstatt von laufenden Kunden nur noch von Bettelkuten besucht.

Es ist unglaublich, unter welchen schmerzlichen Verhältnissen der weitest große Teil unserer Bevölkerung sein Dasein fristen muß. Eine rasche und durchgreifende Hilfe ist deshalb unbedingt erforderlich, wenn das Eintreten der schlimmsten Folgen, wie Hungererkrankungen u. dgl., vermieden werden soll.

Wir wenden uns daher an die für unsere Wirtschaft verantwortlichen Stellen mit der dringenden Bitte, in dieser Hinsicht ehestens Abhilfe zu schaffen, wie wir uns an die sozialen Institutionen und an die Öffentlichkeit mit der Bitte wenden müssen, unserer Bevölkerung die Not des heurigen Winters lindern zu helfen.

Rosche und Hodža

Redet Rosche im Industriellenverband ebenso wie im Parlament?

Die „Přítomnost“ knüpft in ihrer letzten Nummer an die Auseinandersetzungen zwischen dem Abgeordneten Dr. Rosche und Dr. Hodža, die sich jüngst im Parlament abgepielt haben, folgende Bemerkungen:

Abgeordneter Rosche ist ein nordböhmischer, deutscher Fabrikant und gerade die Interessen der nordböhmischen deutschen Industrie haben ihn dazu geführt, sich von der deutschnationalen Partei loszureißen und eine eigene politische Fraktion zu bilden, die mit der deutschdemokratischen Partei kooperiert. Abg. Rosche ist daher einer Meinung mit dem tschechischen Redner, der den Abgeordneten Hodža angreift, aber er ist auch einig mit dem Generalsekretär des Industriellenverbandes Dr. Hodža, denn Dr. Hodža könnte kaum seine Politik treiben, wenn sich die deutschen Industriellen dagegen verwahrten. Wenn die deutschen Industriellen, aus deren Geld auch der Abgeordnete Hodža bezahlt wird, im ganzen großen gegen Hodža nichts haben, bedeutet das, daß sie die Politik Hodžas begreifen und daß sie ihm zustimmen, wenn er zeitweise sein „národní sjednocení“ (Nationale Vereinigung) gegen die Deutschen führt. Sie wissen, daß dieses „národní sjednocení“ nicht gegen die Industrie und daher auch nicht gegen die deutsche Industrie gehen wird. Deswegen kann Rosche einer Meinung sein mit jenem, welcher die Politik Hodžas verurteilt und einer Meinung auch mit Hodža als Generalsekretär des Industriellenverbandes.

Präsident Sobotka in Semil

Der Landespräsident Dr. Josef Sobotka besuchte Donnerstag auf seiner Inspektionsreise in Nordböhmen den politischen Bezirk Semil, wo infolge der Einstellung und Einschränkung einiger Industrieunternehmungen die Zahl der Vollerwerbslosen in der letzten Zeit die Höhe von 7658 Personen erreicht hat. Der Landespräsident informierte sich vor allem bei den zustehenden behördlichen Faktoren des Bezirksamtes über die Verhältnisse in dem Bezirke, insbesondere mit Rücksicht auf die Arbeitslosen und empfing sodann die Vertreter der Bezirksvertretungskollegien, der Gemeinden und der politischen Parteien, mit denen er über die örtlichen Verhältnisse, insbesondere aber über die Möglichkeit der Beschaffung von Arbeit für die unbeschäftigte Arbeiterschaft verhandelte.

Gemeindevertretung Predlitz aufgelöst. Von der Bezirksbehörde in Aussig wurde Donnerstag die Gemeindevertretung in Predlitz aufgelöst und ein Regierungskommissar eingesetzt.

Japan auf dem Wege zur reinen Militärdiktatur

Tokio. (Tsch. P. B.) Das japanische Kabinett hat beschlossen, den Reichstag aufzulösen, falls die Seiyukai-Partei ihre Opposition gegen den Haushalt fortsetzt. Man hält auch Spannungen innerhalb der Regierungskoalition und Abspaltungen von der Seiyukai-Partei für wahrscheinlich. In den Verhandlungen des Parlamentes wird behauptet, im Falle einer Reichstagsauflösung erfolge eine wichtige Parteineugründung, die dann von Regierungsmitgliedern geführt würde. Das Heer und die Flotte sind für baldige Auflösung des Parlamentes, da sich die Angriffe der Abgeordneten hauptsächlich auf die übersteigerten Rüstungsausgaben richten.

Herr Henlein — Eile tut not!

Bekanntlich wirbt die Henleinfront jetzt mit großem Eifer um die „Volksgenossen“ Arbeiter.

In zahlreichen Versammlungen sucht man die Arbeiter für die „Sudetendeutsche Heimatsfront“ zu gewinnen. Hierbei macht sich für die Agitatoren Henleins der Mangel eines sozialpolitischen Programms sehr unangenehm bemerkbar. Sie können insbesondere neugierigen Fragen der Sozialdemokraten, was dieses Allertagsprogramm der Arbeiterschaft konkretes bieten, nicht handhaben. Ins Blickfeld hinein Versprechungen zu machen, geht nicht, weil ja Henlein sich noch nicht darüber klar ist, wie weit er bei den „Volksgenossen“ Unternehmer in dieser Richtung gehen darf. Aber einer, der es wissen muß, hat dieser Tage nach einer Meldung der Barnsdorfer „Abwehr“ angekündigt, daß Henlein an seinem „Arbeiterprogramm“ herumdoziert. Sein enger Mitarbeiter Dr. Walter Brandt hat nämlich den Barnsdorfer Henleinleuten nachstehende frohe Bär verkündet:

„Die SDP habe auf der Leipziger Tagung ihr nationales und staatspolitisches Programm bekanntgegeben, damit der Vorwurf der „Programmlosigkeit“ entkräftigt würde.

Die SDP lehne es aber ab, mit dem deutschen Arbeiter Schindluder treiben zu wollen, sondern gebe in stiller, ähner Arbeit ans Werk, um die in den Fragen der Arbeitsbeschaffung, Arbeitslager und Arbeitslofenfürsorge etwas Positives schaffen zu können. Im gegebenen Augenblick, wenn sich die Wünsche und Bemühungen der Hauptleitung tatsächlich verwirklichen lassen, werde die Heimatsfront auch mit einem klar umrissenen, verwirklichbaren sozialpolitischen Programm an die Öffentlichkeit treten. Es sind Verhandlungen im Gange, wie die in den Banken lagernden Milliardenbeträge nutzbar gemacht werden können. Das Arbeitslager in Grassitz schafft neue, sich ihres Wertes in der menschlichen Gesellschaft wieder bewußt werdende Menschen. Die öffentliche Fürsorge ist eine Angelegenheit des Staates und nicht der politischen Gewerkschaften, die aus dem Genter System ein politisches Kampfinstrument gemacht haben.

Für den Arbeiter aber ist die soziale Frage nicht allein eine Lohnfrage, es geht um das Herz des Arbeiters, der sich wieder zu jedem einzelnen Deutschen als Bruder hingezogen fühlen soll.“

Probleme der Arbeitslosenfrage des sudetendeutschen Volkes, großes Heil ist euch widerfahren! Nach fünf Jahren Krise, wo man alle Fürsorge zugunsten der Opfer des jüdisch-deutschen Kapitalismus in über-

Unser Blatt

erscheint Sonntag, den 9. Dezember nicht. Die Feiertagsnummer vom Samstag, den 8. Dezember wird somit

3 Tage aufliegen

Nützen Sie diese im Hinblick auf die nahenden Weihnachten besonders vorteilhafte Propaganda-Gelegenheit aus.

Die Verwaltung.

großer Bescheidenheit den Nazis überließ, die man dafür nun beschimpft, schwingen die Henlein-Leute nicht nur den Wetteiffel, nein, sie arbeiten sogar an einem Programm und verhandeln mit Banken! Sei, wie da die Brust des armen Proleten voll Hoffnung schwillt! Das entscheidende Kunststück, den durch das Einlen der Barenausfuhr von 23 auf 7 Milliarden Kč hervorgerufenen riesigen Lohnsfall in Form von Unterstufungen und Arbeitsbeschaffungen weit zu machen, das keine Regierung zu leisten imstande ist, wollen jetzt am Ende Henlein-Brandt u. Co. zuwege bringen? Dieselben Banken, die den Unternehmern erbarmungslos jeden Kredit verweigern, der nicht bombensicher gedeckt erscheint, werden Henleins schönen Augen zuliebe ihre „lagernden“ Milliarden Kč ohne weiteres der SDP zur Verfügung stellen, ohne wie bisher ihren Profit zu sichern? Wir wünschen den anscheinend reichlich naiven Verhandlungsdelegierten der SDP besten Erfolg! Und wenn sich die Geschichte spiechen sollte, was ja sehr nahe liegt, müssen halt die Arbeitslosen auf Henleins sozialpolitisches Programm noch einige Zeit warten. Inzwischen müssen sie sich wohl oder übel mit dem begnügen, was ihnen die verdammten Nazis anhängen.

Wir fürchten weiters sehr, daß es schwer halten wird, das Herz der Arbeiter für den „Bruder“ Unternehmer zu gewinnen, wenn sie sehen, wie diese ihre „Brüder“ sich mit allen Bieren sträuben gegen eine staatlich vorgeschriebene Abgabe für die arbeitslosen Volksgenossen; wie wenig sie freiwillig für die armen „Brüder“ tun und wie bodenlos sie sich gegen die 40-Stundenwoche u. dgl. mehr sozialpolitische Belange stellen.

Herr Henlein und seine Hintermänner werden bald draufkommen, daß man denkende Proletarier nicht so leicht durch pure Versprechungen einfangen kann wie politisch ungeschulte Schüler, Lehrlinge, Studenten etc. Auf jeden Fall möge er sich beeilen, damit die „Reinigung“ des sudetendeutschen Volkes in feinerer Sinne nicht zu spät kommt. Vor den nächsten Wahltagen muß das große Werk vollendet sein, sonst ist Effig mit den erhofften 51 Prozent Wählerstimmen...

Dr. Rischler verhaftet. Nach einer AP-Meldung aus Berlin, ist dort der ehemalige Sekretär des Österreichisch-Deutschen Volksbundes, Dr. Richard Rischler, wegen angeblicher sozialdemokratischer Propaganda verhaftet worden. Dieser Volksbund war eine überparteiliche Organisation zur Vorbereitung und Förderung des friedlichen Zusammenschlusses der beiden deutschen Demokratien. Er war 1919 von dem ersten Gesandten der Republik Deutschösterreich in Berlin, infolge unregelmäßigen Dr. Eudo Hartmann, dem gleichfalls schon verstorbenen Schriftsteller Hermann Kienzl (Bruder des Opernkomponisten Wilhelm Kienzl) und anderen gegründet worden. Nach der Vernichtung der deutschen Demokratie hat er seinen Zweck verloren und entfiel. Dr. Rischler war auch Geschäftsführer eines republikanischen Autoklubs. Er hat unzähligen Österreicher und Sudetendeutschen in Deutschland in ihrer Not und bei Schwierigkeiten mit Behörden tatkräftig beigegeben. Dr. Rischler stammt aus Teplich, war dort Beamter der Bezirkshauptmannschaft, machte den Krieg mit und war dann Sekretär der kurzlebigen deutsch-böhmischen Landesregierung. Er emigrierte zuerst nach Dresden. Es wurde eine Strafverfolgung gegen ihn eingeleitet und ein Steckbrief gegen ihn erlassen, so daß er jahrelang nicht in seine Heimat und zu seinen Angehörigen konnte. Schließlich richtete er ein Gesuch an Präsident Masaryk, worauf die Verfolgung eingestellt wurde. Rischler war inzwischen in Preußen eingebürgert worden.

Schreckensurteile in Rußland

Moskau, 6. Dezember. (CPB.) Vor dem Obersten Gerichtshof der Sowjetunion, dessen eine Abteilung auch in Leningrad tagte, hatten sich in der letzten Woche 66 Personen wegen „Hochverrats und terroristischer Ueberrfälle“ zu verantworten. Der Gerichtshof in Leningrad verurteilte alle 37 Angeklagten, die sich vor ihm zu verantworten hatten, zum Tode. Auch die 29 Personen, gegen die der Prozeß in Moskau geführt wurde, wurden zum Tode verurteilt. Alle 66 Todesurteile wurden sogleich nach den Urteilsverkündigungen vollstreckt.

In den Urteilsbegründungen wird nur gesagt, daß die Verurteilten zum Teil aus Lettland, Finnland und Polen gekommen seien, um in

Sowjetrußland Terrorakte gegen die Sowjets auszuführen.

Unter den in Moskau Verurteilten befindet sich eine Frau, die eine wichtige Rolle bei der Verschwörung gespielt haben soll.

Moskau. (DWS.) Im Zusammenhang mit dem Beschluß des Präsidiums des Volksgesetzgebenden Komitees der Sowjetunion, daß gegenüber Personen, die sich terroristischer Akte gegen die Sowjetunion schuldig gemacht haben, keine Milde walten solle, wurden in der Nacht zum Donnerstag in Alma Ata und Samarkand durch die DWS fünf Todesurteile vollstreckt, die am 21. November durch den Gerichtshof ausgesprochen worden waren.



Der Völkerbunds-Vorsitzende für den jugoslawisch-ungarischen Konflikt
Dr. August Basconcellos
 der portugiesische Delegierte, der während der Diskussion des jugoslawisch-ungarischen Konflikts an Stelle Dr. Veneks das Präsidium des Völkerbundes in Genf führen wird.

Einheitsfront der Jugend?

Man schreibt uns aus den Kreisen des Sozialistischen Jugendverbandes:
 Die „Rote Fahne“ behauptet, die Jugendzentrale der KPD habe an den Sozialistischen Jugendverband ein Einheitsfrontangebot gerichtet. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Beim Sozialistischen Jugendverband lief das mit Maschinenschrift gezeichnete Einheitsfrontangebot der „deutschen Jugendkreisleiter der KPD“ ein, deren Namen nicht genannt wurden und von denen wir auch nicht wissen, in wessen Auftrag sie reden. Gleichwohl hat das Präsidium des Sozialistischen Jugendverbandes für alle Fälle eine ausführliche, an die Jugendzentrale der KPD gerichtete Abfertigung, die in der nächsten Ausgabe der „Sozialistischen Jugend“ abgedruckt werden wird. Auf diese Weise wird die Gesamtheit der sozialistischen Arbeiterjugend an der Auseinandersetzung teilnehmen. Die Äußerung des Sozialistischen Jugendverbandes bezieht sich auf eine Reihe von konkreten Fragen, vor deren klarer Beantwortung es abhängt, ob der Sozialistische Jugendverband eine Befassung mit dem Einheitsfrontangebot überhaupt für zweckmäßig hält.

Die erwähnte Darstellung der „Roten Fahne“ läßt allerdings bereits erkennen, wie die so begehrte „Einheitsfront der Jugend“ beschaffen sein soll: sie soll eine Einheitsfront gegen die sozialdemokratischen Parteien sein und zur Voraussetzung haben, daß die sozialistische Jugendbewegung, ihre bisherigen Grundsätze verlassend, sich zu jenen Prinzipien und jener Taktik bekennt, die die Kommunisten für allein „Klassenkampferisch“ halten. Bekennt doch die „Rote Fahne“ selbst:

„Aber unsere Vorschläge sind der Politik der Sozialdemokratie geradezu entgegengesetzt.“

Und:
 „Allerdings ist das (die Einheitsfront) erst möglich, wenn die Führer der Sozialistischen Parteien ihre reformistischen Positionen aufgeben und den Weg des Klassenkampfes beschreiten.“

Dazu ist zu sagen:
 Die sozialistische Jugend braucht zur Bestimmung ihrer Positionen und ihrer Taktik keine Ratsschläge der Kommunisten. Sofern diese über die Wichtigkeit der Taktik anderer entscheiden wollen, so mögen sie sich mit jenen vereinigen, die ihnen dieses Entscheidungsrecht zubilligen. Die sozialistische Jugend gehört nicht dazu. Sie stellt das Bündnis mit den sozialdemokratischen Parteien und den in der Sozialistischen Arbeiter- und Jugendinternationale vereinigten Massen über das Bündnis mit einer Bewegung, die geistig unproduktiv und organisatorisch bankrott ist. Das möge die Zentrale der KPD bei der Abfassung ihrer Antwort wohl bedenken. In dieser Auffassung gibt es zwischen den Führern und Mitgliedern des Sozialistischen Jugendverbandes keinen Unterschied.

Minister Stramel für Regelung des Arbeitsrechtes. Aufzinerungsminister Dr. Stramel erklärte in der Budgetdebatte im Senatsauschuss u. a., er stimme mit der Anregung des Berichtserstatters überein, daß es zur Regelung des Arbeitsrechtes a u e r h a l b des Rahmens des vorbereiteten bürgerlichen Gesetzbuches kommen sollte, und zwar einer möglichst breiten Grundlage und mit besonderer Berücksichtigung der Tatsache, daß die Regelung des Arbeitsverhältnisses immer dringender verschiedene Eingriffe der Staatsmacht verlangt und es beim Arbeitsrecht schon nicht mehr um bloße privatrechtliche Vorschriften geht. In das Arbeitsverhältnis greift heute der Staat viel öfter ein, als es früher der Fall war, und diese Eingriffe sind oft sehr weitreichend. Es würde sich nicht empfehlen, die Vorschriften über das Arbeitsrecht in ein Gesetz wie das bürgerliche Gesetzbuch zu verlegen, von dem vorausgesetzt wird, daß es sich durch lange Zeit hindurch nicht ändern wird. Verschiedene Kompetenzkonflikte hindern bisher das Ministerium daran, seine Absichten bezüglich des Arbeitsrechtes zu verwirklichen.

Feuer im Kino

Fünzig Verwundete

Paris. Ein folgenschweres Feuer brach Mittwoch abends in einem Vorort von Perpignan (Frankreich) aus. Ein Wanderkino hatte für den Abend eine große Scheune gemietet, um dort eine Vorstellung zu geben. Der Vorführungsapparat war an dem Ausgang der Scheune aufgestellt worden und mehrere hundert Personen wohnten der Vorstellung bei. Plötzlich fing ein Film Feuer. Das Feuer griff sofort auf einige Strohvorräte über, die in einem Teil der Scheune

noch aufbewahrt wurden. Die Auswiesenden, die von einer Panik ergriffen wurden, versuchten, durch den einzigen Ausgang ins Freie zu gelangen, mußten aber dabei buchstäblich durch das Feuer springen, um die rettende Tür zu erreichen und ins Freie zu gelangen. Etwa 50 Personen, zum größten Teil Frauen und Kinder, erlitten zum Teil sehr schwere Brandwunden. Acht von ihnen sind bereits gestorben.

Tagesneuigkeiten

Fünf Arbeiter vom Zug zermalmt

Rom. Auf der Bahnstrecke Florenz-Chiusi wurden am Mittwoch zwölf Arbeiter, die in einem Tunnel Kabel legten, von zwei aus entgegengesetzter Richtung kommenden Personenzügen überrascht. Sieben Personen konnten sich retten, die anderen fünf wurden vom Zuge zermalmt.

Schnellzug Paris-Wien verunglückt

Bier Todesopfer

Stuttgart. Der Schnellzug Paris-Wien stieß gestern um 8 Uhr 35 auf einem Bahnübergang bei End mit einem Lastauto zusammen. Die Lokomotive, der Postwagen und der erste Personenwagen entgleisten und stürzten um. Das Lastauto wurde vollkommen zertrümmert. Seine beiden Insassen sowie der Lokomotivführer und der Heizer des Zuges kamen ums Leben.

Die Hauptgeleise der Strecke Pforzheim-Stuttgart sind gesperrt und der Verkehr wird über Heilbronn umgeleitet. Die Reisenden des Zuges wurden in Omnibussen nach Stuttgart transportiert. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß die Bahnschranken nicht geschlossen waren.

Einbruch im „Volksrecht“

Auffig. In der Nacht zum Donnerstag verübten bisher unermittelte Täter einen Einbruch in die Räume der Administration des „Volksrecht“ in Auffig. Die Täter, offenbar berufsmäßige Einbrecher, durchdrangen einen der starken Stäbe des eisernen Schuttgitters an der Hofseite und drangen in die zu ebener Erde gelegenen Räume ein, schnitten eine Außen-Seitenwand des eisernen Gitterrahmens heraus, durchbrachen auch die innere Wand des Gitterrahmens und raubten einen größeren Geldbetrag. Weiter brachen sie die Schuttscheibe der Schreibpulte auf und entwendeten aus einem Schuttschrank einen kleineren Betrag Wechselgeld. Die Diebstahlsbeute betrug rund 1800 Kč. Der von den Dieben angerichtete Sachschaden ist beträchtlich. Unter anderem wurde der Telefonapparat beschädigt, der offenbar beim Einsteigen der Diebe vom Tisch geworfen wurde. Der Geldschaden ist durch Versicherung gedeckt. Nach ihrer nächtlichen Tätigkeit, bei der die Verbrecher in den Räumen eine fast unentwirrbare Unordnung anrichteten, brachen sie das Wärfhaus auf und säuberten sich. Die Kriminalpolizei hat sofort die Nachforschungen nach den Dieben aufgenommen. — Bereits im März 1933 wurde das „Volksrecht“ von Einbrechern heimlich durchsucht. Damals mußten die Täter aber ohne Beute abziehen.

Achtköpfige Einbrecherbande im Egerland verhaftet

Karlshad. Die Gendarmerie von Chodau und Neudel sowie das Egerer Bahndivisionskommando der Gendarmerie verhaftete im Laufe des Mittwoch in Bechhöfen, Braunsdorf und Neudel eine achtköpfige Einbrecherbande. Man fand bei den Hausdurchsuchungen ganze Warenlager, vor allem Lebensmittel. Die Einbrecher gestanden bereits 13 Einbrüche ein, die in der letzten Zeit im Elbogener, Neudeker und Graalitzer Bezirk verübt wurden. Sie wurden dem Bezirksgericht Elbogen eingeliefert. Die Fahndungen gehen weiter.

Flugpostverkehr England—Australien

London. Am Samstag wird im Flugverkehr des britischen Reiches eine neue Periode beginnen, da der Flugpostverkehr England—Australien, d. h. auf der längsten Flugstrecke der Welt, offiziell aufgenommen werden wird. Der Flugpostverkehr von England nach Australien wird um die Hälfte kürzer sein als der Eisenbahn- und Schiffsverkehr. Die offizielle Eröffnung dieses Flugverkehrs wird besonders feierlich sein.

Paris. Das letzte Postflugzeug, das den Verkehr zwischen Frankreich und Südame-

rika besorgt, hat diese Strecke in 88 Stunden 20 Minuten zurückgelegt und damit seinen eigenen Rekord von 97 Stunden gebrochen.

Flieger Alm verschollen

Honolulu. (Neuer.) Nach 28 Stunden liegen überhaupt keine Nachrichten mehr über den vermissten australischen Flieger Alm und seine beiden Gefährten vor, so daß die Hoffnung, sie noch lebend aufzufinden, immer geringer wird. Eines der 27 Marineflugzeuge, die ständig nach dem Vermissten forschen, meldet, daß es etwa 300 Meilen südlich von Honolulu auf den Wellen einen Gegenstand treiben gesehen habe. Das Flugzeug trachtet festzustellen, ob sein Fund mit dem vermissten Flugzeug und dessen Besatzung in Verbindung steht. Vierunddreißig Flugzeuge und dreißig Kriegsschiffe forschen andauernd nach dem vermissten Australienflieger.

Sähtling auf eigene Kosten

Einer neuen Verordnung der türkischen Regierung zufolge, haben in Zukunft die Häftlinge die mit ihrer Unterbringung in den Gefängnissen verbundenen Kosten selbst aufzubringen. Jene, welche diese Ausgabe nicht werden aufbringen können oder wollen, werden für jedes für ihre Verpflegung aufgewendete türkische Pfund (zirka 19 Kč) um einen Tag länger in Haft gehalten werden, als sie verurteilt wurden.

Blutige Diktatur. Jene Diktaturen, deren Lebenszweck es ist, alles auszurotten, was der allmenschlichen Befreiung dient, morden mit Selbstverständlichkeit. Von welcher Couleur immer diese Diktaturen waren oder sind, verbindet sie im Strom aller Geschichte das rote Band tausendfach vergossenen Menschenbluts. Ein anderes ist's um jene Diktaturen, deren Sinn und Zweck nach vornwärts weist, die nur bestehen, um der schleichenden Reaktion das Rückgrat zu brechen. Solche Diktaturen sind ausgerichtet im Namen der Menschlichkeit und des Menschheitsfortschritts. Schmerzhaft erkennen wir, daß keine Revolution — auch nicht die mit dem reinsten Panier, die sozialistische — ohne Blutvergießen zu entstehen, sich aufzurichten, sich zu erhalten vermag. Und die Tausende also, die fielen, damit die russische Revolution lebe, sie mußten auch nach unserem Sinne, der die Todesstrafe absolut verneint, als Feinde fallen, die mit der Waffe in der Hand dem aufbauenden Sozialismus in den Weg traten. Zum wenigsten die russische Revolution, Errichtung und Bestand Sowjetrußlands ist ohne solche Blutopfer denkbar. Und in Ansehen des gigantischen Werks, das der Aufbau eines kommunistischen Staatswesens inmitten einer kapitalistischen Umwelt bedeutet, muß man wohl auch erkennen und anerkennen, daß solche Revolution nicht auf knappe Monate oder auch Jahre, daß also auch die blutige Strenge, deren die Revolution zu ihrer Weiterentwicklung bedarf, nicht auf enge Zeiträume beschränkt werden kann. Dennoch sträubten sich Herz und Sinn jedes demokratischen Sozialisten gegen die Massenerschießungen, die in diesen Tagen aus Sowjetrußland gemeldet werden. Alle Meldungen zusammen schließen größtenteils schon vollstreckte Todesurteile über mehr als siebzig Menschen ein. Der Zusammenhang dieser blutigen Staatsaktion mit der übrigens in ihren Motiven nicht völlig aufgeklärten Ermordung eines hohen Sowjetkommunists liegt auf der Hand. Vagareilich, daß die russische Regierung und Exekutive durchgriff. Aber gegen die Methode, im abgefügten Massenverfahren vierundsiebzig Menschen zu füllen, denen keine terroristische Tat, höchstens die Absicht nachgewiesen werden konnte, sträubt sich jedes menschliche Empfinden. Der große russische Dichter Maxim Gorki hat in seinem Nachruf auf Kirov für dessen gewaltigen Tod auch die zu geringe Wachsamkeit der Sowjets gegen konterrevolutionäre Anschläge verantwortlich gemacht. Will man in Rußland das Versäumnis gutmachen, indem man jetzt an all denen, derer man habhaft werden kann, schnell und grausam Rache übt? Daß die Sowjeldiktatur anderen, entgegengesetzten Inhalt hat als etwa die Diktatur im Dritten Reich, versteht sich von selbst; aber es könnte wohl sein, daß man von jener Diktatur, die die Menschheitsparolen am weitesten tragen zu wollen behauptet, auch eine andere Methode verlangt, gerade dort, wo es sich um Menschenleben handelt. Denn die

Das Dezember-Heft unserer Monatschrift
Der Kampf
 Internationale Revue, Prag

das soeben erschienen ist, hat folgenden Inhalt:

- Josef Gossbauer: Internationale und Einheitsfront
- M. Garcia Sanchez (Madrid): Spanische Kriegsführung
- Robert Werner: Enciclica fascista
- Emil Strauß: Kapitalismus und Judentum
- Heinrich Feloner: Vercaria
- Bemerkungen
- Weltpolitik
- Weltwirtschaft
- Internationaler Sozialismus
- Internationale Gewerkschaftsbewegung
- Aus der Sowjetunion
- Bücherschau
- Zeitschriftenchau

Preis des Heftes Kč 5.—, Bestellungen an die Verwaltung des „Kampf“, Prag II, Lúbovova 37

sozialistische Revolution hat die Arbeiter und die Menschen überhaupt nicht nur zur Härte gegen allen Rückschritt und Rückschrittwillen zu erziehen, sondern auch zur Veredelung des Herzens zur Achtung vor der Heiligkeit des Menschenlebens, zur schließlichen Anwendung von jenen Methoden, mit denen die Klassenherrschaft alle Probleme „löst“, nämlich von den Methoden der unbarmherzigen, grausamen und blutigen Gewalt!

Erschossen und vergraben. Aus Troppau wird gemeldet: Am 10. Dezember werden es zwanzig Jahre her sein, daß der Lehrer Zigmund Trnka in Babovice vom Kriegsgesetz gerichtet wurde und erschossen wurde. In Slavivovice am 4. Mai 1889 geboren, wurde Trnka im Jahre 1914 zum Brünnener Regiment berufen, von wo er an den Kriegsschauplatz abging. Er weigerte sich jedoch, für Österreich zu kämpfen, floh vom Kriegsschauplatz und aus dem Troppauer Gefängnis, wo er später eingekerkert war und lebte in Verborgenheit auf seinem väterlichen Gut. Am 4. Dezember 1914 wurde er bei Teschen verhaftet und am 10. Dezember hingerichtet, und zur Schande auf dem Felde hinter der Kasernenvergraben. Legionäre, Sofolin und die Lehrer des Heimatsgebietes Trnkas haben eine Aktion unternommen, daß im Jahre 1935 am Geburtshaus Trnkas eine Gedenktafel enthüllt werde.

Furtwängler geht nach Wien. Wie die Wiener Blätter bekanntgeben, kehrt Dr. Furtwängler nach Wien zurück, wo er wiederum seine früheren Funktionen in der Staatsoper und im Wiener Kunstleben übernehmen wird.

Im Maschinenraum des britischen Dampfers „City of Paris“ (10.000 Tonnen) ereignete sich am Mittwoch eine Explosion. Der dritte Ingenieur und ein indischer Maschinist wurden getötet. Ein zweiter Indier wurde schwer verletzt. Das Unglück scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß das Ventil eines Dampfessels absprang, worauf sich der Maschinenraum binnen wenigen Sekunden mit heißem Dampf füllte. Das Schiff, das aus Indien gekommen war und in Plymouth angelegt hatte, befand sich gerade im Kermellanal auf der Fahrt nach Antwerpen, wo es einen Teil seiner Fracht abladen sollte. — An Bord des französischen Torpedobootzerstörers „Téméraire“, der auf der Höhe von Toulon Übungen durchführte, plagte das Dampfrohr im Kesselraum. Zwei Heizer erlitten schwere Brandwunden.

Ausflugssüge der Staatsbahndirektion in Prag. Vom 22. bis 26. d. M. ins Gefenke für 205 Kč, vom 22. bis 27. d. M. in die Höhe Taita für 370 Kč, eventuell bis 1. Jänner 1935 für 855 Kč, nach Wien vom 22. bis 27. d. M. für 170 Kč. Anmeldungen mit Anzahlungen nimmt das Referat der Ausflugszüge Prag, Vagaz, neben dem Wilsenbahnhof entgegen.

Wahrscheinliches Wetter Freitag: In den westlichen und mittleren Teilen des Staates wechselnd bis vorwiegend bewölkt, nach immer Regenwetter, mild; Abfluten des Südwestwindes und strichweise neblig. Im äußersten Osten der Republik kälter und in höheren Lagen Schneefall. Wetterausblick für Samstag: Auch im Westen des Staates ein wenig kälter.

Vom Rundfunk
 Empfehlenswertes aus den Programmen

Samstag:
 Prag, Sender 2: 7.30 Uebertragung des Karlsbader Konzertes, 10: Siederkonzert, 17.45: Kompositionen von Erciana auf Schallplatten, 18.20: Vundes Programm des Saager Doppelkonzertes, 20: Uebertragung aus dem Ercianaaal: IV. Sinfoniekonzert des tschechoslowakischen Rundfunks, 22.20: Deutsche Presse und Sport, Sender 5: 14.30: Deutsche Sendung: Worte und Musik um L. G. A. Hoffmann. — Brunn 16.30: Nachmittagskonzert, 17.55: Deutsche Sendung: Halb Stunde Schrammeln. — Währisch-Brau 19.05: Unterhaltendes Konzert. — Pilsen 11: Orchesterkonzert, 18: Sinfoniekonzert.

Wieder Goldfieber in Kalifornien

Eine ungewöhnlich reiche Goldader entdeckt

London. Wie aus New York berichtet wird, hat ein Ausbruch von Goldfieber eine wahre Völkerverwanderung nach der Stadt Mojave verursacht, die in der kalifornischen Einöde gelegen ist. Alle Unterkunftsstätten der Stadt sind überfüllt und die angrenzenden Hügel sind mit Zelten hoffnungsvoller Goldgräber bedeckt. Den Anlaß der allgemeinen Pilgerfahrt bildet der Umstand, daß eine im September des vorigen Jahres von einem vormaligen Universitätsstudenten entdeckte Goldader sich als viel reichhaltiger herausgestellt hat, als anfangs vermutet wurde. Der Bergwerksbesitzer, der die Wiederaufnahme des Betriebes finanzierenden Gesellschaft, der sich an Ort und Stelle befindet, hat erklärt, die Goldader sei groß und ungewöhnlich reich und werde vielleicht große Bedeutung für Kalifornien und die ganze amerikanische Nation gewinnen.

Frauenwahlrecht in der Türkei beschlossen

Ankara. Die Nationalversammlung beschloß ihre Auflösung. Vorher hatte sie den Gesetzentwurf angenommen, durch welchen den türkischen Frauen das Stimmrecht und das passive Parlamentswahlrecht verliehen wird.

Waffen für Deutschland. Der Wiener Volkszeitung war es bereits längere Zeit hindurch bereits aufgefallen, daß verschiedene kleinere Metallwarenfabriken ungewöhnlich gut beschäftigt sind und Anlagen ausweisen, die im Gegensatz stehen zur allgemeinen Wirtschaftskrise. Durch eine nähere Untersuchung kam man darauf, daß in diesen Werstätten Waffenbestandteile erzeugt werden und daß diese Ware in der Regel unter falscher Deklaration nach Deutschland dirigiert wird. Gegen einige Firmen wurde die Untersuchung eingeleitet.

Bestellt das Wallisch-Buch

Polnischer Militärflieger abgestürzt. Etwa 15 Kilometer südwestlich von Warschau stürzte wegen Motorstörung ein Militärflugzeug ab. Der Pilot, Unterleutnant Adamski, war auf der Stelle tot.

Spital statt Spielklub. Die mexikanische Regierung hat energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Spielhöhlen getroffen. Das Spielfeld Foreign Club im Staate Mexiko und das Spielfeld De la Elva in Cuernavaca sind behördlich geschlossen worden. Die Räume des Foreign Club, die erst vor kurzem eröffnet wurden, sollen für die Aufnahme eines Lepra-Hospitals hergerichtet werden. Das Gebäude des anderen Spielklubs wird eine Schule aufnehmen. Das Innenministerium hat Verträge sämtlicher Gouverneure über die Spielhäuser in ihren Staaten angefordert. Sie sollen demnächst geschlossen werden.

Die Stawisky-Untersuchung. Mittwoch hat der parlamentarische Stawisky-Untersuchungsausschuß den Polizeidirektor Bonny einvernommen. Bonny erklärte, daß er bisher von zwei Berichten, die er in der Angelegenheit Stawisky für seine Vorgesetzten erstattet habe, nicht gesprochen habe, weil er sie nicht belasten wollte. Nun erklärte Bonny, daß seine Vorgesetzten Kennet und Ducloux unmittelbar dafür verantwortlich seien, daß diese beiden Berichte Bonny verschwiegen wurden.

Verschmachtet. Kapitän Allan Hancock, ein Millionär aus Los Angeles, der sich nach dem Galapagos-Inseln begeben hatte, um die geheimnisvollen Leichenfunde auf der Insel Fernandina aufzuklären, hat funktentelegraphisch mitgeteilt, daß es sich bei den Toten um den Deutschen Rudolf Lorenz und den Norweger Rugeger handelte. Die beiden Männer sind an den Folgen der Dipe und des Wasser mangels zugrundegegangen.

Der Alt-Bürgermeister von Wablonz. Dr. h. c. R. Fischer, 82 dort Donnerstags vormittags im Alter von 63 Jahren gestorben. Er war Bebrer von Beruf und trat im Jahre 1931 in den Ruhestand. Vom Jahre 1918 bis 1934 war er Bürgermeister und mußte, da er der deutschnationalen Partei angehörte, nach den Bestimmungen des Parteiengesetzes am 5. Februar 1934 sein Amt niederlegen.

Raphtha-Bohrungen in Bosnien. (PS.) Aus Belgrad wird gemeldet: In der Umgebung von Tuzla werden seit einiger Zeit Bohrungen vorgenommen und das Terrain nach Raphtha-Vorkommen untersucht. Die tiefste Bohrung, die bisher durchgeführt wurde, beträgt 450 Meter. Die Bohrungen sollen teilweise positive Resultate erbracht haben.

Statistischer Bericht. Aus Siamesisch-Bogea wird gemeldet: Am nahegelegenen Dorfe Salka wurde in der Dienstag-Nacht ein furchtbares Verbrechen verübt. Gegen abend waren zwei Bauern in die Wohnung des 64-jährigen serbisch-orthodoxen Pfarrers Spasic gekommen, um, wie sie angaben, mit dem Geistlichen als dessen Freunde zu sprechen. Die Hausfrau des Geistlichen bewirkte die Gäste, und der Pfarrer, der nach ungefähr einer Stunde heimkehrte, behielt die beiden zum Abendessen. Als die Frau das zweijährige Entlein des Geistlichen zu Bett brachte, überfielen die beiden Bauern, die unter ihrer Kleidung keine

Der „Graf von Göbbelsburg“

Sensationeller Spionageprozeß vor dem Prager Kreisgericht

Prag. Vor dem Straffenat des OGH. Dr. Paderer wurde am Donnerstag die Verhandlung über einen sensationellen Spionageprozeß eröffnet. Die Anklage des Staatsanwaltes Dr. Cassavsky beschuldigt zwei Angeklagte des Verbrechens des Militärverrats nach § 6 und der Anschläge gegen die Republik nach § 2 des Schubgesetzes.

Zwei Agenten des Dritten Reiches — eine Prostituierte und ein mehr als fragwürdiger Abenteuerer

fahren auf der Anklagebank. Was die angeklagte Frau betrifft, so handelt es sich um die 30-jährige in Bnaim geborene und nach Danzig zuständige Anna Witton, die angeblich in Berlin einen Verführer Krüger geheiratet hat, wobei sonderbar ist, daß die junge Ehefrau, die vorher in Prag als Prostituierte lebte, nicht bei ihrem Mann blieb, sondern auf neuem Paß unter dem Namen Krüger nach Prag zurückkehrte. Nicht minder sonderbar ist, daß diese neugebadene „Frau Krüger“ weder die Adresse ihres angeblichen Gatten in Berlin, noch das Standesamt, wo die Trauung stattgefunden, bezeichnen kann. Von diesen rätselhaften Dingen wird noch zu sprechen sein.

Gleichzeitig angeklagt war der 31-jährige angehende Ingenieur Ludwig Kapfer aus Passau in Bayern, der in Prag unter dem Namen Hans Luka auftrat. Dieser mysteriöse Herr

stand seit längerer Zeit aus guten Gründen unter polizeilicher Beobachtung.

Er mochte sich unter dem falschen Namen Hans Luka an reichsdeutsche Emigranten heran und bemühte sich, verschiedene Daten und Angaben über die einzelnen Persönlichkeiten der deutschen Emigration zu erhalten, wobei er sich als Anhänger der Straffer'schen „Schwarzen Front“ ausgab und dortspiegelte, gegen Hitler zu kämpfen. Gleichzeitig aber

suchten seine Hintermänner unter den Emigranten Attentäter gegen den Leiter der reichsdeutschen Emigrantenfürsorge in Prag, Großmann, zu werden.

Dieser Ludwig Kapfer, alias Hans Luka, war nach eigener Aussage von 1926 bis 1932 bei der baltischen „Nachrichtenzentrale Süd“ in Rügen tätig. Nach dem Umsturz vom März 1933 betätigte er sich bei anderen Nachrichtenorganisationen und trat schließlich in die SA ein. Nach seinen Behauptungen stand er als Anhänger der Straffer'schen Richtung in Opposition zum offiziellen Hitlerregime, weshalb er zunächst aus der SA austrat, sich später aber neuerlich aufnehmen ließ, um „gegen Hitler zu arbeiten“.

Inwiefern die Angaben dieses dunklen Ehrenmannes auf Wahrheit beruhen, muß dahingestellt bleiben. Gegenüber der Anklage, die ihn der Spionage im Dienste des Dritten Reiches beschuldigt, sucht dieser Kapfer—Luka darzutun, er habe im Gegenteil die Pläne der nazistischen Spionageorganisation durchkreuzt. Leider wurde nach Bekräftigung der Anklageschrift die Offenlichkeit ausgeschlossen, so daß wir nicht sagen können, wie dieser Ehrenmann seine Behauptung beweisen will. Sicher ist, daß er

wichtige militärische und politische Informationen sammelte, mehrfach Reisen nach Deutschland unternahm und im Münchener „Braunen Haus“ ein gern gesehener Gast war!

Der Hauptakteur dieser dunklen Affären ist leider dem Zugriff unserer Justiz entzogen. Dieser

Mann, in dessen Händen die Fäden offenbar zusammenliefen, ist ein gewisser

Wilhelm Brauser, 48 Jahre alt und in den Vereinigten Staaten geboren,

der rechtzeitig ausgerissen ist. Dieser nordische Edelmann ist mit der angeklagten „Frau Krüger“, die seit acht Jahren eine polizeibekannte Prostituierte ist, zusammen. Wilhelm Brauser war Agent der hitlerdeutschen „Geheimen politischen Polizei“. Die Frechheit dieses Subjektes ging soweit, daß Wilhelm Brauser

unter der erlogenen Vorpiegelung, er sei ein emissar der illegalen sozialdemokratischen Organisation in Berlin um Kubizus bei Außenminister Dr. Benedikt, um Geldmittel zu erlangen, Selbstverhandlung wurde dieser Empfang abgelehnt.

Brauser lebte mit der Prostituierten „Frau Krüger“, alias Witton, durch mehrere Monate zusammen, bis ihm schließlich der Boden zu heiß wurde und er am 18. September d. J. in das Dritte Reich verschwand, wohin er gehört. Die Prostituierte Anna Witton begleitete ihn nach Berlin, kehrte aber wieder nach Prag zurück. Freilich mit einem neuen Paß auf den Namen einer Werkmeistergattin Anna Krüger.

Der Nachfolger des verschwundenen Wilhelm Brauser bei der „Werkmeistergattin“ Krüger wurde der Angeklagte Ludwig Kapfer, alias Hans Luka.

Angeklagt haben sich die beiden beim Baden am Strand der Schwarzenberginsel kennen gelernt. Wie sich das in Wirklichkeit verhält, kann derzeit nicht gesagt werden. Jedenfalls bestand enge Zusammenarbeit zwischen Brauser und Kapfer, wobei sich dieser seiner „Geliebten“ gegenüber rühmte,

er komme aus Paris und bringe wichtige Nachrichten über die französischen Rüstungen gegen Hitlerdeutschland.

Allem Anschein nach hat Dr. Otto Straffer am Anfang des Hitlerstreiches Kapfer einiges Vertrauen geschenkt, sich aber später in richtiger Erkenntnis der Sachlage von ihm zurückgezogen. Dieser Kapfer, alias Luka, machte auch Bekanntschaft mit einer deutschen Rechtsbörserin, der er sich als Rühiger Graf von und zu Göbbelsburg vorstellte und im übrigen phantastische Dinge vorlegte. Der „Graf von Göbbelsburg“ (dieses „Adelsprädikat“ ist kein schlechter Wit) erzählte seiner neuen Freundin auch romantische Geschichten von einem gefährlichen Grenzübergang aus dem Dritten Reich, wobei ihn angeblich eine Kugel der braunen Grenzpolizei beinahe „umgelegt“ hätte, wenn nicht das Geschick in seiner Brieftasche stecken geblieben wäre. Bemerkenswert ist, daß am Tage dieses angeblichen Grenzüberganges, nämlich am 19. August dieses Jahres,

Dr. Otto Straffer von drei angeblichen Detektivs besucht und bei ihm eine „Handsuchung“ vollzogen wurde, wobei die angeblichen Polizeien verschiedene Material „beschlagnahmten“. Die angeblichen Polizeibehörden waren Emissäre des Dritten Reiches!

Inwiefern der „Graf von Göbbelsburg“ an diesem Gangsterstück beteiligt war, läßt sich natürlich vorläufig nicht entscheiden.

Der Staatsanwalt Dr. Cassavsky erklärte nach vierstündiger Verhandlung, die Anklage in einzelnen Punkten ergänzen zu wollen; daraufhin wurde die Verhandlung vertagt. Unter den geladenen Zeugen befand sich auch Dr. Otto Straffer.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Erfahrungen mit Mindestlöhnen

Nur starke Gewerkschaften können Einhaltung der Minimallohn-Gesetzgebung verbürgen.

Vom internationalen Standpunkt aus sind die Erfahrungen, die in Kanada mit den zahlreichen gesetzgeberischen Bestimmungen auf dem Gebiete der Mindestlöhne gemacht worden, von ganz besonderem Interesse. In diesem Zusammenhang wurde eine Entscheidung angenommen, in der es u. a. heißt: „Wir anerkennen, daß gegenwärtig eine Tendenz zur Planwirtschaft vorhanden ist, die sich in erster Linie gegen die in Kanada besonders scharfe Ausbeutung der Arbeiterchaft richtet. Die mit den Minimallohngeetzen auf diesem Gebiete gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß auf Grund solcher Gesetze die Arbeiter nicht voll geschützt werden können, wenn sie nicht starke Gewerkschaften im Rücken haben. Wir möchten daher mit allem Nachdruck unterstreichen, daß das Vorhandensein von Gewerkschaften beizubehalten, welcher Form gesetzgeberischer Maßnahmen auf diesem Gebiete von grundlegender Wirkung ist. Wir bestreiten nicht, daß sich durch die unter gewerkschaftlichem Druck eingeführten Minimallohngeetze für Frauen, die Gesetze für angemessene Löhne und ähnliche Reglemente die Arbeitsbedingungen verbessert haben. Gleichzeitig muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß zahlreiche Unternehmer immer noch alles tun, um diese Gesetze und Bestimmungen zu umgehen und zu mißbrauchen.“ Um diesen Mißbräuchen entgegenzuwirken und neue zu verhindern, stellte der Kongreß verschiedene Forderungen auf, von denen wir die wichtigsten wiedergeben: Ernennung einer genügend großen Zahl von Inspektoren. Alle planwirtschaftlichen Gesetze sollen eine minimale und maximale Arbeitszeit festlegen. Es sollen für ganz Kanada einheitliche Maßnahmen eingeführt werden, um die Konkurrenz zwischen den verschie-

Die Gründung des Christlich-sozialen Volksbundes

Saarbrücken. (AP.) Die schon kürzlich von Feder bei seiner Enquete in der „Republique“ angekündigte Gründung des „Christlich-Sozialen Volksbundes“ ist ein Ereignis von weittragender Bedeutung. Der neuen Organisation gehören Arbeiter und Angestellte, Beamte und Mittelständler, Intellektuelle, Bauern und Priester an. Die nicht gleichgeschalteten Blätter sprechen von einer Erlösung von unerträglicher Spannung. Die Bewegung geht über den Bereich der Saarlandprovinz hinaus. Darum nahmen auch protestantische Vertrauensleute an dem feierlichen Gründungsakt teil. Das Organ des Bundes ist, wie nicht anders zu erwarten war, die „Neue Saarpost“, die schon seit Monaten einen tapferen Kampf gegen den Nationalsozialismus führt. In ihren Ansprachen betonten Imbrusch und der christliche Bergarbeiterführer Frey Kuhn, daß neben Nationalsozialisten und Marxisten die Christen bisher heimatlos gewesen seien. Deutlich erklärten sie, daß sie gegen eine Abtrennung der Saar für immer seien, und sprachen die Erwartung aus, daß sich Genf mit der dritten Lösung befaßt. Der Aufbruch des Volksbundes lautet, auf eine Formel gebracht: „Für Christus und Deutschland“ gegen Nationalsozialismus und Neuhelientum!

denen Provinzen zu unterbinden und dafür zu sorgen, daß die erzielten Resultate nicht durch die Verlegung von Industrien nach anderen Provinzen zunichte gemacht werden. In diesem Zusammenhang werden besonders auch einheitliche Methoden der Inkrasphaltung der diesbezüglichen Bestimmungen verlangt, wobei der NSD so weit ging, daß er in empfehldendem Sinne auf jene Gesetze für die Minimallöhne der Frauen hinwies, die für ein zweites oder fortgesetztes Vergehen Gefängnisstrafen vorsehen. In allen Minimallohngeetzen und ähnlichen Bestimmungen soll die Zusammenarbeit mit den bona fide Gewerkschaften vorgeföhrieben werden, denn „die erzielten Arbeitsbedingungen können nur aufrechterhalten und gesichert werden durch volle Anerkennung der durch die Gewerkschaften abgeschlossenen und als bindende Verpflichtung geltenden Kollektivverträge. Jede Gesetzgebung, die dieses fundamentale Prinzip der Kollektivverträge außer acht läßt, muß scharf bekämpft werden. Desgleichen müssen Lohnsätze abgelehnt werden, die willkürlich von gesetzgebenden Körperschaften ohne Einvernehmen und Abkommen mit den Gewerkschaften der betreffenden Arbeiterkategorie festgesetzt werden.“

Fördern die Handelskammern den Handel?

Wir haben bereits vor einiger Zeit berichtet, daß im Sinne der Regierungsverordnung Nr. 96 vom 10. Juli 1933 ab 1. Jänner 1935 erhöhte Zölle für Speck und Schweinefleisch in Anwendung gelangen. Die Verbraucherorganisationen als auch die Importeure intervenierten bei der Regierung, damit diese Zollerhöhung nicht in Kraft trete oder nicht in dem geplanten Ausmaße. Die Krisenverhältnisse sind nur noch schärfer geworden und eine Preiserhöhung verursacht durch die erhöhten Zölle, würde von der Bevölkerung als ungemein drückend empfunden werden. Es muß aber auch in Betracht gezogen werden, daß jede Zollerhöhung den Import erschwert. Das Importvolumen wird geringer und im selben Ausmaß leidet der Export aus der OGH, weil der internationale Warenaustausch heute beinahe durchwegs in der Form von Ware gegen Ware stattfindet. Eine weitere Einschränkung des Exportes bedeutet Erhöhung der Arbeitslosigkeit mit all den bekannten Folgen.

Wir können feststellen, daß die einzelnen Ministerien die Eingabe wohlwollend behandeln und die Sache gar nicht hoffnungslos ist. Zweck dieser Zeilen ist, die Zentrale der Handelskammern anzufragen, ob sie denn noch immer keine Zeit gefunden haben, zu der Eingabe, die vom Handelsministerium am 8. Oktober 1934 vorgelegt wurde, Stellung zu nehmen. Sehen die Handelskammern nicht die Gefahren, die durch die Zollerhöhung dem Handel und dem internationalen Warenaustausch entstehen? Die Handelskammern müßte, — würde sie ihrer richtigen Aufgabe gerecht werden — in solchen Fragen führend vorangehen, nicht aber nur dann, wenn es sich um Ausfälle gegen die Konsumentenorganisationen handelt.

Wir fordern die Zentrale der Handelskammern als auch deren einzelne Filialen und im besonderen — die sonst in Konsumentenfeindlichen Angelegenheiten so hoch aktive Reichsberger Handelskammer auf, zur Frage der Zollerhöhung schleunigst Stellung zu nehmen. Daß die Margarineindustrie an einem möglichst hohen Zollsatz sehr interessiert ist, wissen wir. Es ist aber nicht Angelegenheit der Handelskammern, die Interessen der Margarinefabriken zu unterstützen. Diese Bemerkung nur für den Fall, daß bei den Handelskammern (Reichsberg?) vielleicht gewisse Bedenken dieser Art bestehen. Herr Minister Doktor Hodža hat in seiner letzten Parlamentrede wohl nicht mit Unrecht darauf aufmerksam gemacht, daß die Handelskammern oft nicht zu wissen scheinen, was das eigentliche Gebiet ihrer Tätigkeit ist.

Geordnete Nationalisierung ist der goldene Mittelweg.

Eines unserer führenden Wirtschaftsbücher veröffentlicht an erster Stelle folgendes: „Der Verlauf der Krise in den einzelnen Staaten hat deutlich gezeigt, daß die Staaten mit einem starken Mittelstand, die am besten Frankreich mit verhältnismäßig gleichmäßig verteiltem Reichtum und ausgebreitetem Ruder von Sparten repräsentiert, den letzten wirtschaftlichen Erschütterungen viel besser Widerstand geleistet haben, als die Staaten mit scharfen Kontrasten der Vermögensverhältnisse, namentlich die Vereinigten Staaten und Deutschland charakterisieren.“

— Allgemein ist bekannt die Erfahrung, daß die übertriebene Nationalisierung eine der Hauptgründe der heutigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist: — jeder, der mit Ruhe das heutige Wirtschaftsleben beobachtet, muß anerkennen, daß die stark übertriebene Nationalisierung der Tod des Mittelstandes ist und daher eine mit Verstand geordnete Nationalisierung eigentlich der Ausweg aus der Krise ist. Die übertriebene Nationalisierung bringt kolossale Verdienste nur einzelnen Wenigen, gleichzeitig ruiniert sie aber vollkommen eine sehr starke Anzahl der sozial Schwächsten, welche sie rücksichtslos aus dem Wirtschaftsleben ausschaltet und trägt ausgiebig zu den Erscheinungen bei, die mit Recht als Vergrößerung der Klassengegenstände bezeichnet werden müssen.

Den inneren Sinn und die Bedeutung der Frage der Stärkung des Mittelstandes haben richtig die leitenden Funktionäre der Firma Verlon erfaßt, die dieser Tage eine kleine, gefällige und geschmackvoll ausgeführte Broschüre „Unser Handwerk, wie es einst war . . .“ herausgegeben haben, wo unseren Herren Schuhmachermeistern in populärer Form und durch eindrucksvolle, schöne Fotografien sehr wertvolle Ratschläge gegeben werden, die in der heutigen Zeit besonders wichtig sind, wo es Existenzfrage ist, nicht nur gut zu erzeugen, sondern auch gut zu verkaufen und in einer gemüthlichen und schönen Umgebung den Kunden zu seiner vollsten Zufriedenheit zu bedienen. Die Firma Verlon kann nur beglückwünschten werden, daß sie für das Schuhmachergewerbe ein so wertvolles Handbuch herausgegeben hat, welches den richtigen Weg aus der Krise zeigt und die lokale und wertvolle Mitarbeit der Firma Verlon anbietet, was den Herren Schuhmachern nur von Nutzen sein kann. Es wäre empfehlenswert, auch in anderen Branchen zu ähnlichen Aktionen zu schreiten.

100

Sozialdemokratische Frauenorganisation Prag
 Einladung
 zu dem am Montag, den 10. Dezember, im „Monopol“ stattfindenden **Frauenabend** mit einem Vortrag des Genossen Dr. Strauß über das Thema: **„Unser Kampf um die Demokratie“**
 Wir laden alle Genossinnen und auch Genossen zu diesem aktuellen und interessanten Vortrag herzlich ein.

Urania-Kino, Klimentská 4.
 Fernsprecher 6123.
 Ab Freitag:
Die Csardasfürstin
 Entzückende Komödie mit der Musik von Böhm.

An unsere Abonnenten und Genossen!
 Wir werden wie im Vorjahre die **Neujahrs-Enthebungen** in unserem Blatt veröffentlichen, wodurch den Genossen die mit den Neujahrsgratulationen verbundenen erheblichen Unkosten erspart bleiben.
 Die Enthebung kostet Kč 10.— und wird nach Orten geordnet, lediglich Namen und Beruf enthalten.
 Wir ersuchen alle Abonnenten die tieferstehende Enthebungsbestellung frdl. auszufüllen und umgehend an uns einzusenden. Die Bestellungen müssen bis spätestens 16. Dezember bei uns einlangen.
Die Verwaltung

Neujahrs-Enthebung für „Sozialdemokrat“

Ich bestelle hiemit unter dem Namen: _____

Beruf: _____ Ort: _____

eine Neujahrsenthebung zum Betrage von Kč 10.— und sende ihnen diesen Betrag per Erlagschein ein.

Unterschrift: _____

Benutzungsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährig Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Remittenten erfolgt nur bei Einzahlung der Retourmarken. — Die Zeitungsfabrikation wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. Drucker: „Orbis“ Druck-, Verlags- und Zeitungs-A.G., Prag

PRAGER ZEITUNG

Wer trägt die Schuld an den Prager Demonstrationen?

Ein Debattenabend im Klub „Přítomnost“.

Der tschechische Klub „Přítomnost“ hat sich schon oft um die sachliche Klärung von aktuellen Problemen verdient gemacht. Mittwoch abends bot er anlässlich des Referates des Redakteurs der „Lidové noviny“ Dr. Hubert Ripka über die Prager Universitäts-Krawalle neuerlich Gelegenheit zu einer interessanten Diskussion.

Dr. Ripka, bekannt als einer der mutigsten und entschiedensten Verfechter demokratischer Anschauungen innerhalb der tschechischen Publizistik, sieht die unmittelbare Schuld an den Ereignissen bei den deutschen Studenten, die das Marolimum verbarrikadierten und nicht spontan, sondern überlegt handelten, was daraus hervorgeht, daß sie sich für eine mehrjährige Belagerung einrichteten, und bei den deutschen Professoren, die sie durch ihr Verhalten beharrten. Aber daß die Sache aus einer Angelegenheit der Unversitäten zu einer tschechischen Demonstration wurde, die sich gegen Marxisten, Sozialisten, Demokraten und Juden richtete und in deren Verlauf die Scheiben des „Osvobodné divadlo“, des „Kámoš“ und des Radiojournals zertrümmert wurden, hinter denen sich die Insignien bestimmt nicht befanden — an diesen Ereignissen, die den Faschisten in Berlin und Wien das gewünschte Stichwort gaben, gegen die Tschechen (und gelungenerweise wieder gegen die Juden) zu demonstrieren, daran haben jene tschechischen nationalistischen Kreise die Schuld, denen es nicht um die Institution geht, sondern um einen faschistischen Vorstoß. Die „Nationale Vereinigung“ des von deutschen und jüdischen Unternehmern recht gut bezahlten Abgeordneten Kodáč und des Herrn Sittler abmt dem Militarismus slavisch nach. Dann kam Dr. Ripka auf die Aufgaben der Linken zu sprechen. Zur Debatte gehört Mut, wir dürfen den Stumpf nicht den Faschisten überlassen.

Von hohem Niveau war die Debattenrede des Universitätsprofessors Dr. Kosař, der die großen Traditionen des tschechischen geistigen und politischen Lebens der primitiven, auf den Kampf mit geistigen Argumenten bezichtigenden Politik der Faschisten entgegenstellte.

Als einziger deutscher Redner ergriff Genosse Dr. Egon Schönbach das Wort. Er ging von dem Wort Freilicht aus: „Den Jellachich zu werfen, wief Deinen Jellachich“. Wir werden unsere Arbeit zur Versöhnung der Völker, zur Befreiung des nationalen Vasses dann am besten leisten, wenn wir, Deutsche und Tschechen, jeder in seinem Volke, konsequent und stielbar dem Nationalismus entgegenstreiten und seine wahren Ziele entlarven. Die Aufgabe der deutschen Sozialisten ist es, für Klarheit im deutschen Lager zu sorgen. Darum kritisieren wir schonungslos — ohne die Verantwortung, die auf tschechisch-handwirtschlicher Seite lastet, zu übersehen — die deutschen Gruppen, die an den Ereignissen die Mitschuld tragen. Wir müssen zwischen den naiven und weltfremden Professoren, die die Tragweite ihrer Ungeheuerlichkeit nicht erkennen können, und den wirklichen Regisseuren unterscheiden, die glauben, aus einer Vergiftung der politischen Atmosphäre unter Aufpeitschung der nationalistischen Leidenschaften Vorteil zu ziehen. Es wird niemanden wundern, unter ihnen Herrn Konrad Henlein zu finden, und es sei besonders bemerkenswert, daß Henlein in der letzten „Mundschau“ ausdrücklich die Beschuldigung des Karolinums durch die Studenten verteidigt und sich eindeutig auf die Seite der „Kämpfenden“ Studenten gestellt hat. Die Ausführungen des Genossen Dr. Schönbach wurden von dem größtenteils tschechischen Auditorium mit demonstrativen Beifall aufgenommen.

Im Laufe der Debatte kamen auch zahlreiche Exponenten der tschechisch-faschistischen Studentenschaft zu Worte. Was sie sagten, war so jämmerlich und von einer solchen Primitivität, daß es Dr. Ripka ein Leichtes war, in seinem Schlußwort nochmals mit der plumpen Demagogie der nationalistischen Demonstranten und der hinter ihnen stehenden „Nationalen Vereinigung“ abzurechnen. So wurde der Abend zu einer entscheidenden Niederlage der tschechischen Rechten, der in der verbindlichen Form, die vor diesem Forum üblich ist, einige derbe Wahrheiten gesagt wurden.

Dem Kandidaten Antonin Švechla, als Staatsmann und Mitbegründer der tschechoslowakischen Selbständigkeit, galt die Trauerfeierlichkeit, die Donnerstag am ersten Jahrestage seines Todes der tschechische Kulturausschuß in Weinberge veranstaltet hatte. Vor den zahlreichen Erscheinenden, welche den großen Vortragsaal im Gymnasium der Louiska füllten, sprach über das Leben und Werk Švechlas der Vizevorsitzende der Republikanischen Agrarpartei Abg. Peran. Er schilderte die Art, wie Švechla bereits vor dem Kriege in wirksamer Weise in die tschechische Politik eingegriffen hatte und wie während des Weltkrieges die tschechoslowakische Selbständigkeit vorbereitet wurde.

Schauaufsicht über uneheliche oder in fremder Pflege befindlicher Kinder. Die Deutsche Hauptstelle für Kindererziehung und Jugendfürsorge wurde mit der Ausübung der Schauaufsicht über in Prag wohnhafte, uneheliche oder in fremder Pflege befindliche Kinder deutscher Nationalität im Sinne des Gesetzes 256/1921 betraut. Der Schauaufsicht unterliegen alle unehelichen Kinder, gleichgültig, bei wem sie leben, und jene ehelichen Kinder, die nicht ständig bei den Eltern leben, sondern in fremde Pflege gegeben wurden. Die Deutsche Hauptstelle für Kindererziehung und Jugendfürsorge läßt die Schauaufsicht durch Vertrauenspersonen ausüben, die vom Kreisgerichte ernannt und mit einer Legitimation versehen sind, welchen alle vom Gesetz vorgeschriebenen Auskünfte über die betreffenden Kinder zu geben sind.

Vorträge

Die „Wesensschau“

Zum Vortrag Dr. Bedřich in der „Urania“.

Man muß immer etwas Prinzipielles über diese Art von Vorträgen sagen, die mit dem Volksbildungszweck der „Urania“-Vorträge rein nichts, mit dem Geltungsbedürfnis unglücklich gebildeter Programm-entwerfer alles zu tun haben.

Auf den Pulshauterfragen ein Kreis respektvoll folgender Mitredner — auf dem Podium ein freundlicher Herr, der sich aus der Gelehrsamkeit von tauelnd philosophischen Dunkelheiten die „Wesensschau“ der neuen Weltbetrachtung zusammenschneidert.

Diese Weltbetrachtung, die bisher, so verkündet Dr. Bedřich, verachtet worden ist — wenn wir das Fazit ihrer Interpretation ziehen, nicht ganz zu Unrecht — sieht angeblich in schärfster Gegensatz zu Ekkartismus und Mystik, aber so mystisch, wie ihr Volkstümper, Dr. Bedřich, kann sein ausgewachsenes Kompendium des Ekkartismus sein!

Es war, alles in allem, eine sehr radikale Art der Weltbetrachtung und wenn selbst der Weltweise von Königsberg, Immanuel Kant, eine strenge Klage wegen „groben Unfugs“ bekam, so kann man sich denken, wie wenig günstig wir gewöhnlichen Sterblichen vor dieser allzu „umstürzlerischen“ Philosophie befehen werden!

Kunst und Wissen

„Die Walfüre“, eine Art Oratorium mit hebräischen Texten, verammelten Mittwoch abends eine kleine, wohl auch kulturell ziemlich geschlossene Gemeinde im Prager Radiosaal. Nach der ersten Hälfte des Werks zu schließen, hat man es bei dem in Prag lebenden Komponisten Adolf Haitman mit einem grundmusikalischen Menschen zu tun, dem Gedanken von starker Ausdruckskraft im Chorischen und Gesangsförmigen und Melodien von stellenweise außerordentlichem orchestralem Reiz ausströmen. Leider fehlt dem Werk aber musikalisch eine durchgängige und überzeugende musikalische Idee, was sich wiederum in einer auch durch das Kulturelle nicht überwindbaren Verschwommenheit des Stils auswirkt. Dennoch sind genug Schönheiten vorhanden, die es vielleicht als lohnend erscheinen lassen, eine sichere musikalische Nachhand mit der Durcharbeitung zu betrauen, die sich vor allem auf eine andere Instrumentierung erstrecken müßte. — Mitglieder des Orchesters und des Chors des Prager deutschen Theaters im Verein mit Liebhabern und Synagogenängern (als Solisten) taten unter der Stablenkung des Komponisten ihr Bestes für eine klarschöne Wiedergabe.

Die „Walfüre“ im tschechischen Rundfunk. Heute abends sendet Radio-Prag zum ersten Male Proben aus Wagner's „Walfüre“ tschechisch. Seit Kriegsbeginn ist die „Walfüre“ tschechisch nicht mehr reproduziert worden. Etwa um 21.40 wird der „Walfürenritt“ und Botans Abschied gesendet werden. (Rundfunkorchester unter Leitung Stráns, Radio Kaplova und Josef Sávvar.)

Sonntag Premiere von Zemlin's „Der Kreis“. Dichtung nach Rabind. (A. L.) Hauptpartien: Konečný, Pauls, Banta, Grab, Fischer, Scheidl, Dagen, Popovics, Laub, Dufel, Gálant, Libal. Dirigent: Eschl, Regie: Korbo, Bühnenbild: Pirchan.



Die „Übersiedlung“ einer Schreibmaschine

wird zur Spielerei, wenn's eine Corona ist. Im zugehörigen Köfferchen trägt sie das Fräulein zum Diktat ins Chefszimmer, in die Wohnung, auf die Reise — ein Diktat ohne Corona ist doppelter Zeitverlust. — Für Heimarbeiten, Reiseberichte, für jeden, der an verschiedenen Orten arbeitet, kommt nur die Corona in Frage. Sie hat alle Vorzüge der großen, ist leicht und kostet nur die Hälfte.



GIBIAN & CO.
 PRAG, Štěpánská 32, Tel. 351-5-1

Unsere Prospekte sagen Ihnen mehr! Wir senden sie gerne und kostenlos!

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.
 Freitag 7: Peer Gynt, D 1, Bankbeamte und freier Verkauf. — Samstag halb 8: Der Engel des Golem. V 2, Uraufführung. — Sonntag halb 8: Menschen in Weib, halb 8: Der Kreidekreis, A 1, Uraufführung.

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag 8 1/2: Hoch klinget das Lied vom braven Mann, Kulturverbandsfreunde und freier Verkauf. — Samstag 8: Fremdenverkehr. — Sonntag 3 1/2: Hoch klinget das Lied vom braven Mann, 8: Nacht vor dem Urtime.

Sport • Spiel • Körperpflege

14 Verbandsbestleistungen

das Ergebnis des Auftriebs der DTS-Leichtathletik

Die Jahreskonferenz der Leichtathletiksparte im Verbands der DTS fand am vergangenen Samstag und Sonntag in Prag unter harter Beteiligung der Delegierten aus Prag und der Provinz statt. Es wurde Rückschau über die geleistete Tätigkeit in dieser Saison gehalten und konsultiert, daß sie mit einem vollen Erfolg beendet werden konnte. Bei der Prager Olympiade starteten 822 Leichtathleten in 143 Wettkämpfen. Von den Männern wurden im Laufe der Saison elf und von den Frauen drei neue Verbandsbestleistungen aufgestellt. Unter ihnen befinden sich einige sehr gute Leistungen wie: 100 Meter in 10,8 Sek., Dreisprung 12,28 Meter bei den Sportlern sowie Kugel und Diskus bei den Sportlerinnen, mit 9,93 bzw. 28,92 Meter. Die Meisterschaft der DTS im Mannschafts-Wettkampf errang bei den Männern wie bei den Frauen die DTS Böhmen II. Aus den Berichten ist weiter ersichtlich, daß in fünf Kreisen 1878 Athleten (in 84 Abteilungen) registriert sind; in den übrigen Kreisen ist die Registrierung im Gange, aber es kann schon jetzt festgestellt werden, daß die Zunahme von 100 Prozent gegenüber der letzten Jahrsleistung betragen wird. Das beschlossene Arbeitsprogramm sieht u. a. für 1935 Verbandsweltlämpie mit dem Katus und Ungarn vor. Die Verbandsmeisterschaften wurden dem Pilsener Kreis übertragen. Selbstverständlich steht die gesamte kommende Tätigkeit im Zeichen der Vorbereitungen zur III. internationalen Olympiade in Antwerpen sowie der Amerikasfabri. Bei den Damen wurde Genosse A. Čuba zum Vorsitzenden gewählt. Dem langjährigen und verdienstvollen Vorsitzenden und technischen Leiter, Genossen M. Spilka, der auf eine Wiederwahl zugunsten der Jugend verzichtete, wurde Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Aus der Partei

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker: Ausschusssitzung am Montag um halb 8 Uhr im Parteibeam, Károvní 4.

Abnennments = Veseilschein.

Abonnier ab 1934 das täglich erscheinende Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

„Sozialdemokrat“

Verwaltung Prag XII, Bohova st. 62, zum Preise von 16 Kč monatlich, und sende diesen Betrag nach Erhalt des Erlagscheines ein.

Name:

Genauere Adresse:

Rechte Post:

Unterschrift: